IM STADTTEIL GEGEN DEN KRIEG

STADTTEILARBEIT UND ANTIMILITARISMUS

Von einigen Leuten der Stadtteilgruppe
Kalk Solidarisch

August 2025, Köln

kalksolidarisch.org

Bei Interesse an der Broschüre:
kontakt@kalksolidarisch.org

INHALT

5 Warum Basisarbeit?

7 Über die Schwierigkeiten, Lohnarbeit zur Aurechterhaltung kapitalistischer Herrschaft durchzusetzen

8 1968 und die Folgen

9 No Border als praktisches politisches Projekt

10 Der „cultural turn“ und das neoliberale Versprechen

13 Vom Zerfall der bolschewistischen Herrschaft zur Krise der US-Hegemonie

15 Kriegsursachen, Soziale Angriffe und Eigensinn im Kapitalismus

18 Technologische Angriffe

21 Voraussetzungen für das Führen von Kriegen

23 Krisen als Transformationsmöglichkeit für Staat und Kapital

24 Corona, Ukraine und Gaza als Soziale Angriffe

33 Hinter den Kriegen und Krisen

34 Soziale Angriffe als zentraler Ausgangspunkt von Stadtteilarbeit gegen den Krieg

Seit knapp zwei Jahren bauen wir in Köln-Kalk eine Stadtteilgewerkschaft auf. Inzwischen ist unsere wöchentliche solidarische Beratung ein Anlaufpunkt für Arme, Unzufriedene und Eigensinnige aus vier Kontinenten geworden. Sie alle kommen, weil sie ihre eigene Autonomie erweitern wollen: zu wenig Einkommen, schlechte und teure Wohnverhältnisse, Scheiß-Arbeit oder Ärger mit dem Ausländeramt und/oder Jobcenter – all das schränkt sie in ihrem Streben nach persönlicher Autonomie ein, und dagegen wollen sie praktisch etwas tun. Dafür kommen sie.

Sie kommen oft wegen persönlichen Problemen, (manche kommen auch wegen anderen) aber ein individualistisches Bewusstsein begegnet uns nicht. Das Konzept der gegenseitigen Unterstützung, wobei das Augenmerk auf der Gegenseitigkeit liegt, trifft genau das, was die Menschen brauchen und suchen. Dabei bringen sie sich ein: gemeinsames Kochen, Übersetzungen, Ämterbegleitungen und Reden über das Leben – heute hier und früher vielleicht woanders – schaffen ein soziales Miteinander. Sie erzählen uns von ihrem Leben, ihren Träumen, ihren großen und kleinen Kämpfen und wir hören zu, weil wir was lernen wollen. Epistemisches Wissen nennen das die Sozialwissenschaftler*innen, aber eben kein epistemisches Wissen aus dem Elfenbeinturm, sondern aus dem Leben.
Die Menschen ringen – gegen alle Widerstände – um die Verfügungsgewalt über ihr eigenes Leben, um ein gelingendes Leben. Ihre Autonomie ist nicht binär – es gibt also nicht 100% Autonomie oder 0% und dazwischen nichts – sondern ein stetiges Ringen der „Autonomen" um die Erweiterung ihrer persönlichen und sozialen Autonomie im „falschen Leben". Vollständige Autonomie ist der utopische Leitstern, oft unbewusst, der weniger in den täglichen Auseinandersetzungen als in den Träumen und Wünschen zur treibenden Kraft des Handelns und Nicht-Mitmachens wird. Es gibt kein richtiges Leben im Falschen, wie Adorno schreibt, aber es gibt ein stetiges Ringen um das Wahre Leben gegen das Falsche[1].
„Autonomie oder Barbarei" ist dabei nicht die „demokratische" Abwandlung der großen Alternative „Socialisme ou Barbarie" (Castoriadis), sondern alltägliche Praxis, nicht nur in Ostkongo, Donbass, Gaza, Dafur usw., sondern in Gemeinden, Betrieben und Familien auf der ganzen Welt. Eine stetige Anklage kapitalistischer Herrschaft, deren „Idee der Autonomie" Unterwerfung und Ausbeutung voraussetzt.
Dabei müssen wir niemandem erzählen, dass das herrschende System nicht in ihrem Interesse funktioniert. Die Menschen, die zu uns kommen, erfahren tagtäglich selbst wie die Macht des Kapitals ihre Autonomiebedürfnisse angreift und begrenzt.
Deswegen betrachten wir Klasse[2] nicht als eine „Struktur" oder gar als eine „Kategorie", sondern als etwas, das sich unter Menschen in ihren Beziehungen abspielt, wie es Thompson[3] so schön formuliert hat. Diese fließenden Beziehungen sind für uns Ausgangspunkt des Klassenkampfes.
Dass viele direkt oder indirekt von Kriegen betroffen sind, prägt sie: „Ich bekomme oft Angst, dass jederzeit, auch hier in Deutschland, ein Krieg anfangen könnte. Das ging mir

1 Adorno, Theodor W.: Minima Moralia – Reflexionen aus dem beschädigten Leben. Frankfurt/ M. 1980

2 Aus Gründen, die in diesem Text klarer werden sollten, verwenden wir die Begriffe Arbeiter*innenklasse, proletarische Klasse, Proletariat, um nicht nur Lohnarbeiter*innen in der Industrie zu bezeichnen, sondern die große Bandbreite von Entlohnten und Nichtentlohnten, die meist auch arbeiten, aber eben ohne Lohn. Gemeinsam ist ihnen, dass sie nicht das Kapital repräsentieren, weder als Investor, noch als Kommando.

3 Thompson, Edward P.: Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse. Frankfurt/ M. 1987

zum Beispiel nach dem Ausbruch des Ukrainekriegs durch den Kopf… Ich habe wirklich Angst, dass der Krieg zu mir zurück kommt", schreibt zum Beispiel Sidan Khudeda, der Junge mit dem roten Hemd[4], der dem Genozid an den Eziden 2014 im Irak entkommen konnte[5].

Unsere zentrale Erfahrung aus der Arbeit mit Kalk Solidarisch – aber auch aus vorangegangener politischer Arbeit – ist, dass selbst im post-nationalsozialistischen Staat die übergroße Mehrheit der Menschen Krieg und Gewalt verachtet. Ein großer Teil der Bewohner*innen von Köln Kalk kennt die Brutalität und Menschenverachtung von Kriegen aus persönlichen Erfahrungen oder durch die Vergangenheit/ Gegenwart der Familie. Denn während die meisten deutschen Linken Krieg nie persönlich erlebt haben, ist dieser seit langer Zeit für die Menschen aus dem Nahen Osten, der Ukraine, dem Sudan oder dem Kongo blutige Realität.

So führt Deutschland seine Tradition als Kriegsprofiteur trotz friedlicher Rhetorik unbeirrt fort – und ist durch Waffenlieferungen u.a. an Israel und die Ukraine bereits indirekter Kriegsteilnehmer. Aktuell zeichnet sich ab, wie weitere Eskalationen und die direkte deutsche Kriegsteilnahme auf verschiedenen Feldern vorbereitet werden.

Ja, wir teilen die Angst von Sidan Khudeda, dass der Krieg zu uns kommen kann. Und wir teilen auch die Angst all derer, zu denen der Krieg schon längst gekommen ist. Aber wir teilen auch den Hass auf jene, die den Krieg vorbereiten, führen, finanzieren, legitimieren oder seine traumatischen Folgen leugnen.

Deswegen sehen wir es unbedingt als unsere Aufgabe, gegen den deutschen Militarismus vorzugehen, der für die Verfolgung staatlicher und kapitalistischer Interessen unzählige Tote und zerstörte Städte und Regionen in Kauf nimmt.

Im Weiteren wollen wir die Gedanken und Analysen teilen, die uns helfen zu verstehen, dass Kriege ein fester Bestandteil eines Systems sind, das uns auch ohne Krieg das Leben zur Hölle macht. Dass Krieg nie im Interesse von uns – den Unterdrückten, den Armen und den Arbeitenden – ist, sondern vielmehr das genau Gegenteil: eine Fortsetzung – oder vielmehr die Zuspitzung – einer klassenfeindlichen Politik der Herrschenden.

Warum Basisarbeit?

Linksradikale Politik in der BRD steht vor der dringenden Aufgabe einer strategischen Ergänzung bestehender Kämpfe. Nach Jahrzehnten, in denen viel Energie in symbolische Stellvertretungspolitik oder institutionelle Kämpfe geflossen ist, zeigt sich deutlicher denn je: es reicht nicht aus, abstrakte Forderungen an Staat und Regierung zu stellen. Stattdessen braucht es die reale Organisierung von Menschen in ihrem Alltag und den konsequenten Aufbau von Gegenstrukturen. Diese Strukturen müssen sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren, sie müssen greifbar, dauerhaft, zugänglich und selbstverwaltet sein. Nur so kann eine politische Praxis entstehen, die nicht nur protestiert, sondern Gegenmacht aufbaut – eine Gegenmacht von unten, durch den Zuwachs von Menschen, die bisher aus der Organisierung ausgeschlossen blieben und für den Aufbau eines alternativen gesellschaftlichen Projekts unverzichtbar sind.

4 Khudeda, Sidan: Der Junge mit dem roten Hemd. Düsseldorf 2024, S. 4

5 Um Missverständnisse vorzubeugen: Wir sprechen hier von unseren Erfahrungen und wollen keine allgemein gültigen Gesetzmäßigkeiten verkünden.

Vorbilder dafür gibt es bereits, von der MST (die Bewegung der Landarbeiter ohne Boden) in Brasilien, über die Zapatistas in Mexiko hin zu der kurdischen Bewegung. Sie schaffen es, den Widerstand zu organisieren, durch den Beziehungen lokal vertieft und eine gemeinsame Sprache gefunden werden. So ist es möglich, Lebensbedingungen langfristig zu verbessern und die Alternativen zum repressiven Staat auszuprobieren und erlebbar zu machen.

Militarisierung ist kein rein außenpolitisches Phänomen – mit Panzern, Auslandseinsätzen oder Kriegen –, sondern wirkt gleichermaßen tief im Inneren von Gesellschaften. Polizei, Gefängnisse, Grenzregime und Überwachung sind Ausdruck derselben Logik, die Konflikte nicht sozial bearbeitet, sondern durch Kontrolle und Einschließung die bestehende Ordnung aufrechterhalten soll. Wir müssen sie als eben jene „innere Armee" des Staates verstehen. Diese Logik wird uns in unseren Stadtteilen deutlich: Hier sind Polizeirazzien alltäglich sichtbar, hier stehen die Überwachungskameras an den Straßenecken, hier tritt die Bundeswehr in Schulen auf. Und hier entscheidet sich für uns auch wesentlich mit, ob Militarisierung akzeptiert oder zurückgedrängt werden kann.

Für uns ist wichtig, mit unserer politischen Tätigkeit keine Stellvertungspolitik, sondern eine kollektive Selbstorganisierung zu erreichen. Diese beginnt für uns bei den konkreten Fragen im Stadtteil: Wohnen, Arbeit, Sicherheit, Gesundheit, Versorgung. Es sind diese Fragen, die wir politisieren wollen, indem wir darüber sprechen, dass hinter Mietsteigerungen, Jobunsicherheit oder Polizeipräsenz keine Naturgesetze stehen, sondern politische Entscheidungen und strukturelle Machtungleichheiten. Statt symbolischer Kämpfe möchten wir in Begegnung mit den Menschen Strukturen aufbauen, die auch im Alltag der Menschen des Stadtteils spürbar sind und eine kollektive Selbstermächtigung erlebbar werden lassen: Gegenseitige Unterstützung, solidarische Beratung, Nachbarschaftsversammlungen, solidarische Netzwerke, Stadtteilzentren. Dies bietet für uns eine Grundlage, auf welche Menschen sich überhaupt erst als gleichwertige politische Subjekte wahrgenommen fühlen und sich entscheiden, langfristig Teil einer Basisorganisierung zu werden. Damit wollen wir eine Infrastruktur des Widerstands aufbauen, die dauerhaft tragfähig ist.
Wir sehen gegenseitiges Vertrauen, eine gemeinsame Sprache und einen langen Atem als Grundlage für langfristige, wachsende und freudvolle politische Arbeit, um so die forcierte Isolierung der Menschen zu überwinden.

Für uns ergibt sich daraus eine doppelte Aufgabe: Zum einen gilt es, Militarisierung und Repression sichtbar zu machen und ihnen zu widersprechen – durch Bildung, Dokumentation, Aufklärung, lokale Kampagnen gegen Überwachung, Polizeigesetze oder Militärwerbung. Zum anderen müssen Alternativen aufgebaut werden, die Sicherheit neu definieren: als Zugang zu Wohnraum, Bildung, Gesundheit, Versorgung und menschlichem Vertrauen. Nur so können wir der militarisierten Sicherheitslogik den Boden entziehen. Revolutionäre Stadtteilarbeit bedeutet deshalb, selbstorganisierte Alternativen im Kleinen aufzubauen und einen solidarischeren Alltag erfahrbar zu machen– als erste Saaten einer Gegenmacht, die nicht nur in der Zukunft Widerstand leistet, sondern bereits im Hier und Jetzt den Keim einer anderen Gesellschaft trägt.

Über die Schwierigkeiten, die Lohnarbeit zur Aufrechterhaltung kapitalistischer Herrschaft durchzusetzen

Unsere gemeinsame Erfahrung beruht einerseits darauf, dass die Durchsetzung der Lohnarbeit zur Aufrechterhaltung kapitalistischer Herrschaft und Kontrolle notwendig ist. Andererseits erleben wir, dass das Kapital dazu auch in der Lage ist: durch Kriege, Enteignungen und indirekte Gewalt, durch Sozialisation und Formierung und durch Zugeständnisse: „Für die Kapitalist*innen bedeutet die Fähigkeit, Arbeit durchzusetzen, die Sicherung der gesellschaftlichen Kontrolle. Aber der Gebrauchswert der Arbeitskraft besteht für das Kapital ebenso in deren Fähigkeit, Wert und Mehrwert zu produzieren“[6].

Ihr Ziel ist also, die enteigneten Proletarier*innen möglichst stark dem Kommando der Arbeit und der Kapitalverwertung unterzuordnen und die Reproduktionskosten zu senken.

Die „Überflüssigen“, die, die scheinbar nicht mehr für die Kapitalverwertung gebraucht werden, haben dabei den wichtigsten „Job“ von allen. Denn ihre prekäre Existenz signalisiert an alle anderen: „So wirst Du auch enden, wenn Du Dich nicht anpasst und unterordnest und fleißig für das Kapital arbeitest!“

Wir haben selbst erlebt, wie das Kapital versucht, durch Gewalt, Disziplinierung und Erziehung (Sozialisation) Mentalitäten zu schaffen, die die Menschen für die Zumutungen des Arbeitsmarkts relativ unempfindlich werden lassen. Wichtige Sozialisationsinstanzen sind dafür Familie, Bildung[7], Bürokratie, Wissenschaften, Gesundheitswesen, Kultur und Medien, Werbung, Sport, Peers und die Arbeit.

Mit begrenztem Erfolg, denn

> wir hauen einfach ab, wenn sie uns zur Arbeit zwingen wollen. Das ist die Geschichte der Migration, der entflohenen Sklav*innen und der Maroon-Siedlungen, die Geschichte des amerikanischen Westens […]. Jene von uns, die nicht flohen, sondern am Arbeitsmarkt landeten und Jobs bekamen, ließen ihr Werkzeug immer wieder einfach fallen, verließen ihren Arbeitsplatz und brachten die Fließbänder und die Warenproduktion zum Stillstand. Das ist die Geschichte der Streiks und Aufstände. Auch wenn wir weiterarbeiteten, weigerten wir uns oft, Waren zu kaufen, die von anderen produziert wurden, die sich gerade in einem Kampf befanden, produziert wurden. Das ist die Geschichte vom Diebstahl und den Konsumboykotts, […] der Riots und Aufstände, bei denen man sich die Waren direkt aneignen will[8].

Gleichzeitig erleben wir die Geschichte des Kapitalismus als gewaltsamen Prozess, bei welche Kapital zunehmend in den Händen der herrschenden Klasse zentralisiert und konzentriert wird: tagtäglich wird das Einkommen von Schichten, die nicht investieren, zu denen hingeleitet, die potentiell investieren. Kurz: von den Armen zu den Reichen[9]. Investitionen betrachten wir nicht wertneutral oder gar positiv. Es sind soziale Angriffe im Klassenkrieg.

---

6 Cleaver, Harry: Das Kapital politisch lesen; Eine alternative Interpretation des marxschen Hauptwerks. Wien 2012, S. 208

7 Siehe dazu die inspirierenden Erörterungen zum Thema Bildung und Schule bei Cleaver, Harry: Der Kampf gegen die Arbeit. Wien 2019, S. 115-122; 130-138

8 Cleaver (2019), S. 87f

9 Hobsbawm, Eric J.: Industrie und Empire 1. Frankfurt/ M. 1969, S. 93

1968 und die Folgen

Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg war geprägt durch den sogenannten „keynesianischen Produktivitätsdeal" (Cleaver). Die Konsumwünsche der Arbeiter*innenklasse wurden zur Basis der kapitalistischen Entwicklung. Durch Arbeiter*innenkämpfe kam es zu erheblichen Einkommenserhöhungen und Verbesserungen der Lebensbedingungen. Diese wurden aber - durch die Gewerkschaften moderiert - an Produktivitätssteigerungen (auf Deutsch: mehr bzw. intensiver Arbeiten) gekoppelt. So wurden die Bedürfnisse der Arbeitenden und ihre Kämpfe als Motor der kapitalistischen Entwicklung eingespannt mit dem Ziel, die Arbeiter*innenklasse zu befrieden und mit dem Kapitalismus zu versöhnen.
Mit anderen Worten, wer genug zu Essen, ein Dach über den Kopf, eine angemessene Gesundheitsversorgung oder gar ein Auto, ein Eigenheim, eine Urlaubsreise usw. haben wollte, sollte dafür fleißig arbeiten. Je nach sozialer Lage waren die Zugänge über das Einkommen streng reglementiert - angeblich durch die „freien Kräfte des Marktes", real durch strukturelle und offene Gewalt. Dieser „Deal" beruhte auf der extremen Ausbeutung von rassifizierten, armen und als weiblich gelesenen Personen, die weitgehend aus dem Deal ausgeschlossen waren (und der extremen Ausbeutung der ökologischen Lebensbedingungen[10]). Für die große Masse der Frauen war der Zugang zum Konsum nur durch die patriarchale Kleinfamilie möglich, die dadurch enorm aufgewertet wurde.
Ab den 1950er Jahren sprengten die weltweiten Revolten der Frauen, antikoloniale Kämpfe, antirassistische Kämpfe, Bäuer*innen- und Arbeiter*innenkämpfe und das Aufbegehren der Jugend[11] den „keynesianischen Produktivitätsdeal": „Ich sage dir nur eins: Arbeiten ist nicht gut, sieh zu, dass du es vermeiden kannst"[12] wurde zum Credo einer neuen Generation.

Die Weltrevolution von 1968 (Wallerstein[13]) zwang das Kapital zu erheblichen Umstrukturierungen der Akkumulation[14]. Die darauf folgenden Entwicklungen des Kapitals interpretieren wir als direkte Antworten auf diese Revolten, Streiks und Aufstände – als Soziale Angriffe auf die widerständigen Lebensformen, die sich darin zum Ausdruck bringen. Diese Antworten nehmen wir dabei in unterschiedlichen Bereichen wahr:

- eine verstärkte Globalisierung,
- Zerstörung der traditionellen Lebensbedingungen in den 3 südlichen Kontinenten,
- die Ausweitung des formellen wie informellen Arbeitsmarktes,
- die Intensivierung der Ausbeutung,
- die Abschöpfung der durch die Kämpfe gestiegenen Einkommen durch Ölkrise und Inflation und

10 Die extreme Ausbeutung der ökologischen Lebensbedingungen hatte für das Kapital nicht nur den positiven Effekt, sich preiswert Ressourcen aneignen zu können, sondern auch, dass die Menschen, deren ökologischen Lebensgrundlagen zerstört wurden, vermehrt gezwungen waren, sich dem Kapitalismus und der Arbeit für Einkommen zu unterwerfen, um überleben zu können.

11 Federici, Silvia: Aufstand aus der Küche. Münster 2012

12 Ballestrini, Nanni: Wir wollen alles; in: ders.; Die große Revolte; Berlin/ Hamburg 2008; S. 23

13 Wallerstein, Immanuel: Utopistik – Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts. Wien 2002

14 Akkumulation = Anhäufung, hier ist die Anhäufung von Kapital gemeint, die für die Kapitalseite notwendig ist, um den Klassenkampf zu organisieren und zu finanzieren, um das Kapitalverhältnis zu reproduzieren (am Laufen zu halten).

- die Neuordnung der Reproduktionsarbeit,[15]
  kurz: die Verschärfung des Krieges der Reichen gegen die Armen.

Im Norden wurden die Reproduktionskosten durch Diffusion[16] und Standortverlagerung, Mobilisierung von neuen Arbeitskräften (Frauen, Rentner*innen usw.), Aufkündigung von Tarifverträgen und arbeitsrechtlichen Standards, Zerschlagung des Wohlfahrtstaates und die Herstellung armer und rechtloser Bevölkerungsgruppen gesenkt[17].
Die Reproduktionskosten im Süden wurden durch die Zerstörung und/ oder Ausbeutung von sozialen Zusammenhängen, Märkten & Ressourcen, durch die Kommerzialisierung der Agrarverhältnisse und die Absicherung von Konzernrechten gesenkt. Die direkte Gewalt der Kriege und die indirekte Gewalt der Schuldenregimes, Strukturanpassungsprogramme und des Welthandelsrechts (WTO) sind für uns zwei Seiten einer blutigen Medaille.
Vor allem für Frauen ist diese Entwicklung fatal: die Häufigkeit sexistischer und sexueller Gewalt erfahren sie als stetige potentielle Bedrohungslage[18]. Auf dem Hintergrund dieser allgegenwärtigen Bedrohung konnte bei der Frauenlohnarbeit eine globale Abnahme von regulierten Anstellungsverhältnissen[19], eine enorme Ausdehnung der informellen Sektoren und Billigarbeit durchgesetzt werden. Die Hausarbeit wurde intensiviert, kommerzialisiert und umverteilt (von der Mittelschichtshausfrau zur angestellten migrantischen Haus- bzw. Carearbeiterin). Insgesamt stellt Federici fest, dass der Frauenarbeitstag (Lohnarbeit plus Carearbeit) sich verlängert hat und die geschlechtlichen (Arbeits-)Hierarchien weiter bestehen.

No Border als praktisches politisches Projekt

Migrant*innen sind die Vertriebenen in diesem Krieg der Reichen gegen die Armen, denen grundlegende (Menschen-)Rechte verweigert werden und die gesteigerter Ausbeutung bis hin zu extremen Ausbeutungsformen (Sklaverei) ausgesetzt sind. Aber gerade in ihrer Migration zeigt sich einerseits ihr Widerstand, ihr Eigensinn und ihr Verlangen nach Autonomie, andererseits „No Border als praktisches politisches Projekt" (Anderson u.a.) und alltägliche massenhaft gelebte Praxis, die die Herrschenden bislang mit militärischen Mitteln zwar erschweren, aber nicht verhindern können.
Denn:

> die wachsende Einschränkung der menschlichen Bewegungsfreiheit hat nicht dazu geführt, dass weniger Menschen staatliche Grenzen überqueren. Genau das Gegenteil ist der Fall. Heute sind mehr Menschen unterwegs als jemals zuvor, was nicht

15 Siehe Federici (2012), S. 47f.; Cleaver (2012), S. 11ff.

16 Diffusion (von lateinisch diffundere „ausgießen, verbreiten") bedeutet hier, dass die Produktion nicht mehr an einem Standort (Fabrik) erfolgt, sondern die verschiedene Produktionsschritte an unterschiedlichen Orten ausgeführt werden. Das soll die gemeinsamen Kämpfe der Arbeiter*innen erschweren und führte zu einer erheblichen Zunahme des LKW-Verkehrs.

17 Federici (2012)

18 Auch in Deutschland: „An jedem zweiten Tag stirbt eine Frau hierzulande durch die Hand ihres (Ex-)Partners. Femizide sind eine deutsche Realität. Und die Zahlen kennen einen Trend: nach oben." spiegelonline 24.11.2025 siehe auch: Thiele, Christian: Mehr häusliche Gewalt in Deutschland, KStA 4.8.2025

19 Vor allem im Osten, aber auch insgesamt wurden die Lohnarbeitsverhältnisse von Frauen im Durchschnitt immer prekärer, wobei gleichzeitig die Karrierechancen für wenige gestiegen sind.

bedeutet, dass die Verschärfungen der Einwanderungspolitik keine Auswirkungen hätten.
Zum Beispiel haben sich durch die zunehmend militarisierten Grenzkontrollen die Kosten für Migration erhöht. Bezahlt wird mit immer mehr Geld für eine sichere Passage oder mit dem eigenen Leben. Es gibt eine wachsende Anzahl von offiziell zeitlich begrenzten Lagern (Flüchtlingslager, Internierungslager, Transitlager usw.). Und immer mehr Leichen werden gefunden, die an die Ufer gespült wurden oder in heißen Wüstentälern, auf gefrorenen Bergpässen und an anderen gefährlichen Stellen, die sie auf Grund der Grenzkontrollen passieren mussten. Die Nationalstaaten nutzen diese Toten um zynisch zu behaupten, die größte Bedrohung für Migrant*innen seien diejenigen, die sie bei ihrer Migration unterstützen. So lenken sie von der Verantwortung ihrer eigenen Grenzkontrollpraxis ab und ebnen den Weg für die weitere Kriminalisierung von sogenannten ›Menschenhändler*innen‹ und ›Schmuggler*innen‹[20].

Wenn die Menschen in der BRD angekommen sind, erleben wir in unserer täglichen Praxis, wie durch das Ausländerrecht ihre Autonomie ausgehebelt werden soll: der Zugang zu (bzw. der Ausschluss/Einschränkungen von) sozialen Rechten und Arbeitsmarkt wird anhand unterschiedlicher Aufenthaltstitel unterschiedlich gewährt. Deswegen verdienen Eingewanderte in Deutschland fast 20% weniger als Menschen ohne Migrationshintergrund[21].
Wir erleben auch, wie Asylbewerber*innen und Geduldete den Hass des Kapitals auf sich ziehen, weil sie unabhängig vom Bedarf der deutschen Wirtschaft und ohne Überprüfung und Überwachung ihres Leistungsvermögens und ihres Leistungswillens einwandern, sich also Rechte nehmen, die eigentlich Menschen aus der EU und vergleichbaren „zivilisierten" Ländern vorbehalten sind.

Der „cultural turn" und das neoliberale Versprechen

Eine ratlose Linke, die mit den Klassenkämpfen der Armen wenig anfangen konnte, propagierte Ende der 1980er Jahre den „cultural turn":

- Die Zentralität des „Diskurses"[22] (statt Erfahrung) führte zur Enteignung proletarischen Wissens zugunsten gutbezahlter Theoretiker*innen und Professor*innen (folglich strebte die Linke nicht mehr in die proletarischen Viertel, sondern an die Unis).
- Sexismus, Rassismus und Kapitalismus wurden nicht mehr unter dem Aspekt von Gewalt, Ausbeutung und Widerstand, sondern als „Diskriminierung" the-

20 Anderson, Bridget/ Sharma, Nandita /Wright, Cynthia: „We are all foreigners!"; „No Borders" als praktisches politisches Projekt; https://www.izindaba.info/2018/08/02/we-are-all-foreigners/; 02.08.2018

21 Lindner, Matthias: Warum Migranten in Deutschland oft weniger verdienen. Telepolis 22. Juli 2025

22 Im Laufe der 1980er Jahre wurde die Kritik von Frauen, Queers, BIPoC und insbesondere von BIPoC-Frauen und -Queers an der weißen Männlichkeitszentrierung der traditionellen Linken im akademischen Bereich aufgegriffen. Doch statt den realen Erfahrungen von Ausbeutung und Gewalt und den strukturellen Bedingungen, rückten „Sprechakte" oder „Diskurse" in den Mittelpunkt der akademischen Auseinandersetzung (Butler, Judith: Körper von Gewicht; Frankfurt/M. 1993). Die akademischen Debatten verdrängten so proletarische Erfahrungen und Lebensrealitäten aus dem Fokus vieler Linker.

matisiert. Der Kapitalismus wurde immer mehr aus der Schusslinie genommen[23].

„Kulturelle Phänomene", die vorher als „Überbauphänomene" vernachlässigt worden waren, gerieten in den Mittelpunkt des Interesses und führten zum „(Neo)liberalen Deal": die Widerständigkeit der Armen sollte durch steigenden Druck bei gleichzeitigen kulturellen Liberalisierungen und sozialen Verbesserungen, die erst mal wenig kosteten, gebrochen werden.
Wir und viele andere haben die neuen Freiheiten gerne und oft auch exzessiv genutzt:

- Die Liberalisierung des Scheidungsrechts führte zu einem Exodus von Frauen aus den Familien, die Scheidungsraten explodierten. Neue Lebensformen wurden alltäglich.
- Die Liberalisierung im Bereich LGBTQI führte zu einer Explosion von „coming outs". Millionen feiern öffentlich Queerpride auf den Straßen in aller Welt. Ohne Zwang bröckelt die Normativität des Cis- und Hetero-Terrorismus.
- Die Liberalisierung bei der Wehrpflicht führte dazu, dass in der BRD die Mehrheit der jungen Männer nicht mehr zum Bund gingen.
- Das Asylrecht wurde massenhaft zur ungenehmigten Einreise genutzt.
- „Gut gemeinte" Entwicklungshilfe wurde für antikapitalistische Kampagnen und Kämpfe „zweckentfremdet".
- Die Erosion kirchlicher Macht leerte die Gotteshäuser.[24]
- Die mangelnde Arbeitsmoral in der Metropole zwang das Kapital, flexible Arbeitszeitmodelle anzubieten. Das war zwar ambivalent, weil es dem Kapital dadurch gelang, die Klasse weiter zu spalten, bot aber eine Alternative zur „keynesianischen Utopie", sinnlos fünfzig Jahre jede Woche 40 Stunden in einem öden Büro- oder Fabrik-Job sein Leben zu vergeuden.
- Usw. usf.

Auch wenn wir merken, wie organisierter Widerstand von Unten durch Vereinzelung, Spaltung von Belegschaften, GiG-Economy, Home Office, Stress und psychische Probleme und die Befriedung durch Gewerkschaften schwieriger wird, so führt dies keineswegs zur Befriedung der alltäglichen autonomen Klassenkämpfe. Das grundlegende Problem, die Arbeiterklasse der Kontrolle des Kapitals zu unterwerfen, konnten sie mit den kulturellen Liberalisierungen nicht lösen. Nur mit Druck können sie den Laden am laufen halten. „Gute Hirten führen sanft" (Bröckling) mag vielleicht für Bayer gelten, die die höchsten Löhne in der Region zahlen, aber Amazon wäre mit dieser Strategie sicherlich schnell am Ende. Ganz zu schweigen von den Minen im Kongo.
Durch die Globalisierung erlebten wir eine Neuausrichtung der internationalen Arbeitsteilung auf der Grundlage der Digitalisierung mit

23 Besonders deutlich wird das in der sogenannten Klassismus-Diskussion, die den „Blick auf die lohnabhängigen Klassen als potenzielles Kollektivsubjekt" verstellt. (Baron, Christian: Klasse und Klassismus; Eine kritische Bestandsaufnahme; in PROKLA Heft 175; 2014/Nr. 2; S. 233 https://prokla.de/index.php/PROKLA/article/view/172/141

24 Besonders zu schaffen macht den Religionen, dass die sexuelle Gewalt ihrer Würdenträger nicht mehr ignoriert oder gedeckt wird.

- dem Ausbau des Transport- und Logistiksektors,
- der Auslagerung der Produktion in Gegenden mit niedrigen Reproduktionskosten,
- technologischen Rationalisierungen,
- Deregulierungen des internationalen Finanzsystems zur Ermöglichung kurzfristiger Profite durch Finanz-, Versicherungs- und Immobiliengeschäfte,
- neuen Erfindungen (Hightech)
- und einem neoliberalen Angriff auf Löhne, Arbeitsrechte und Gewerkschaften sowie einem Abbau von staatlichen Sozialprogrammen[25].

Weil wegen der Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitsmärkte die „Lohnpeitsche" fehlte, investierten Unternehmer weniger in neue Maschinen, was zu auffallend niedrigen Produktionszuwächsen führte. „Der IT-Sektor hat massiv Investitionen angezogen, die anderswo fehlen und somit unterm Strich die Produktivitätsentwicklung sogar gebremst. Und viele Investitionen haben sich als komplette Fehlinvestitionen herausgestellt"[26].
Auf der Suche nach neuen lukrativen Investitionsmöglichkeiten erleben wir dann regelmäßig platzende Spekulationsblasen (z.B. Dot-Com-Blase 2000, Immobilienblase 2007/2008), bei denen nur durch massive staatliche Rettungsmaßnahmen ein Zusammenbruch der Wirtschaft verhindert werden kann, die aber viele Arme durch unterschiedliche Formen der Enteignung bis hin zum Krieg, komplett in den Ruin treiben.
Diese Enteignungen sind einerseits riesige Umverteilungen von Vermögen von unten nach oben, so dass wir uns heute einer unvorstellbaren finanziellen Macht des Kapitals gegenüber sehen. Andererseits sollen die Enteigneten sich endlich verzweifelt dem Kapital unterwerfen. Denn trotz Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitsmärkte fehlt es dem Kapital vor allem an einem: einer fügsamen und willigen Arbeiterklasse, die bereit ist, ihr Leben den Notwendigkeiten der Kapitalakkumulation zu unterwerfen.

Um die Klasse zu spalten, wurden Teile der alten Arbeiterschichten durch eine gewisse Mobilität nach oben zunehmend in das System eingebunden (Konsum, Rente, Rassismus und Sexismus usw.). Das war möglich, weil einerseits neue Schichten auf den Arbeitsmarkt geworfen wurden, v.a. Immigrant*innen und Frauen, und andererseits aus den gigantischen Gewinnen, die aus der Ausbeutung des Südens erzielt wurden, neue Konsummuster geschaffen wurden.
Aber der Aufstiegswille, nicht am unteren Ende der Lohnskala kleben zu bleiben, führt dazu, dass die Menschen aus dem Süden auf der Suche nach Einkommen in den Norden kommen. Die zweite Einwander*innengeneration verdient im Durchschnitt schon wesentlich mehr als ihre Eltern[27] und Frauen stoßen in Bereiche vor, die höheres Einkommen versprechen, ihnen aber bislang verschlossen waren.
Einerseits erleben wir so, dass das Kapital gezwungen ist, immer neue „Billiglöhner*innen" zu rekrutieren. Andererseits sehen wir eine neue internationale Mittelschicht, deren

25 Vgl.: Silver, Berverly: Forces Of Labour. Berlin/ Hamburg 2005 Aus der brennenden Hütte: Zeit der Ökologie; Das neue Akkumulationsregime. o.O. 2024 , S. 18

26 Siehe wildcat 114: Winter 2024/25; S. 26. siehe auch ebenda S. 29.ff. Siehe auch Schaupp, Simon: Technopolitik von Unten. Berlin 2022

27 Lindner, Matthias: Warum Migranten in Deutschland oft weniger verdienen; Telepolis 22. Juli 2025; https://www.telepolis.de/features/Warum-Migranten-in-Deutschland-oft-weniger-verdienen-10495581.html

Konsummuster sich an den medial vermittelten Lebensstil der Eliten orientieren soll und in deren Sozialcharakter die Verachtung der Unterschichten eingeschrieben wird, die ihre Körper, Seele und Arbeitskraft den Konsumwünschen unterwerfen sollen. So brutal dieser Lebensstil auch daher kommt (z.B. durch ökologische Zerstörung und Massentourismus, aber auch extreme Arbeitsverhältnisse wie z.B. in den Kobaltminen des Kongos[28]), er bleibt widersprüchlich, weil der „gewissenlose Konsument" offensichtlich erst mühsam hergestellt werden muss, aktuell vor allem durch Verrohung mittels Social Media, rechter Bewegungen und Kriege weltweit.

Vom Zerfall der bolschewistischen Herrschaft zur Krise der US-Hegemonie

Auch wenn nach dem Zerfall des bolschewistischen Blocks das westliche Kapital das „Ende der Geschichte" (Fukuyama) ausrufen wollte, die inneren Widersprüche und Klassenkämpfe bekamen sie nie in den Griff. Brutale Gewalt oder massive Konsummöglichkeiten führten zwar immer wieder zur vorübergehenden Stabilisierung der Lage in einzelnen Ländern. Regelmäßig bekommen wir dennoch mit, wie auf der ganzen Welt staatliche Gewalt sowie der Rückgang der Konsummöglichkeiten, z.B. durch den Abbau von Subventionen und Sozialleistungen oder Lohnkürzungen, direkt zu neuem Unmut und nicht selten auch zu massiven Revolten führt.

So erlebten wir immer Jahre mit mehr oder weniger Revolten, aber nach der Finanzkrise 2008 explodierte die Zahl der Kämpfe auf allen Kontinenten: der sog. „arabische Frühling" in Westasien und Nordafrika, weitere Revolten in Afrika, Asien, Mittel- und Südamerika, der europäische und amerikanische Herbst, die sich weltweit ausbreitende Occupy-Bewegung usw.[29]

Ab den frühen 2010er Jahren hat daraufhin die Zahl und Komplexität von Kriegen merklich zugenommen und 2023 gab es so viele gewaltsame Konflikte wie seit dem 2. Weltkrieg nicht mehr. Sie sind gekennzeichnet durch ein außergewöhnliches Maß an Gewalt gegen Zivilpersonen[30], insbesondere einen starken Anstieg sexualisierter Gewalt, Massenvertreibungen im nie gekannten Ausmaßen, eine Verelffachung von Luftangriffen seit 2014 und die Zerstörung von Großstädten (z.B. Aleppo, Mossul, Mariupol, Khartum, Gaza). Gleichzeitig beobachten wir die zunehmende Fragmentierung bewaffneter Akteure und die wachsende externe Beteiligung an innerstaatlichen Konflikten[31].

28 Siehe z.B.: Kara, Siddarth: Blutrotes Kobalt; Der Kongo und die brutale Realität hinter unserem Konsum. Hamburg 2024

29 Vgl. Cleaver (2012), S. 14. Diese Kämpfe fanden ihre Fortsetzung in den Revolten im Sudan, Iran, Chile, Nigeria, Kenia, Libanon, Algerien und vielen anderen Ländern; The Peoples Want: Internationalist Manifesto – Revolutions Of Our Times. 2024. (https://thepeopleswant.org/en/manifesto)

30 In einer gemeinsamen Untersuchung von +972 Magazine, Local Call und The Guardian enthüllt Yuval Abraham, dass Israel laut geheimen israelischen Geheimdienstdaten vom Mai davon ausging, bei seinen Angriffen auf Gaza etwa 8.900 Militante getötet zu haben. Gemessen an der Zahl von 53.000 Todesopfern, die das Gesundheitsministerium in Gaza angibt – und die die Armee selbst für zuverlässig hält –, bedeutet diese Zahl eine zivile Todesrate von mindestens 83 Prozent, ein Anteil, der in der modernen Kriegsführung kaum Parallelen hat. Abraham, Yuval; Israeli army database suggests at least 83% of Gaza dead were civilians; August 21, 2025 https://www.972mag.com/israeli-intelligence-database-83-percent-civilians-militants/

31 Stiftung Wissenschaft und Politik: Neue Kriege 2.0; SWP-Aktuell Nr. 38; August 2025; https://www.swp-

Neben einer Akkumulationskrise haben wir es heute außerdem mit einer Krise der US-Hegemonie zu tun. Der Zustand der Hegemonie ist dadurch gekennzeichnet, dass das Machtungleichgewicht zwischen den Großmächten so groß ist, dass ein Akteur weitgehend seine Regeln und Wünsche in der ökonomischen, politischen, militärischen, diplomatischen und kulturellen Arena durchsetzen kann[32]. So sollen interne Konflikte auf Kosten anderer befriedet werden.
Seit 1945 hatte die Dominanz der USA v.a. darin bestanden, die für sie günstigsten Marktbedingungen durchzusetzen und weltweit zu handeln, zu produzieren und Kredite zu vergeben. Zentral ist dafür (immer noch), dass der Dollar als Welthandelswährung in den Vereinigten Staaten gedruckt und ausgegeben wird, doch ein Ende von „Amerikas Exorbitantem Privileg“[33] ist nicht mehr unvorstellbar. Als Grundlage eines neuen globalen Finanzwesen werden deswegen heute von der Trump-Regierung völlig ungeregelt Krypto-Währungen gepusht.

Die Krise der US-Hegemonie nehmen wir als direkte Folge des Scheiterns des „liberalen Versprechens“ – Wohlstand gegen Unterwerfung – wahr: Der versprochene Wohlstand ist für uns zwar ambivalent und nicht nur unattraktiv, die dafür verlangte Unterwerfung haben die Armen allerdings durch zahllose individuelle und kollektive Aktionen und Verhaltensweisen permanent unterlaufen.
Dagegen richtet sich der Kern des „libertären“ Staatsverständnis:

- Innenpolitisch gilt das Sicherheitsversprechen (Wohlstand, Gesundheit, Gerechtigkeit, kulturelle Sicherheit) für immer weniger Menschen, tendenziell nur für die „Fleißigen“ und „Unterwürfigen“.
- Außenpolitik wird zum „Deal“, in dem die Interessen der Armen keine Rolle spielen und polizeilich-militärisch eingehegt werden[34].

Der Staat tritt uns immer unvermittelter, reduziert auf seine Rolle als Organisator von Ausbeutung und Gewalt, gegenüber. Beides eröffnet neue Spielräume für Widerstand, doch die Antwort ist immer häufiger: Repression und nackte Gewalt!

So interpretieren wir die aktuelle US-Politik nicht als Isolationismus, sondern als „Versuch, die Weltordnung wieder ins Lot zu bringen, womit er [Trump] einen Zustand meint, in

berlin.org/publications/products/aktuell/2025A38_Neue_Kriege.pdf

32 Wallerstein. Immanuel: The Essential Wallerstein. New York City 2000, S. 253ff.

33 Lachman, Desmond: The End of America's Exorbitant Privilege; https://www.project-syndicate.org/commentary/trump-undermining-faith-in-us-economy-and-dollar-by-desmond-lachman-2025-07 07. Juli 2025

34 Besonders krasses Beispiel ist der Genozid in Gaza, Vernichtung und Vertreibung mit dem Ziel der Schaffung einer „Riviera des Nahen Osten“ für Reiche. Schon durch die illegalen Überfälle auf Afghanistan, Irak, Libyen usw. hatte das westliche „Menschenrechtsgelaber“ erheblich an Glaubwürdigkeit eingebüßt. Die Corona-Krise und der Gazakrieg haben diese Glaubwürdigkeit in weiten Teilen der Welt endgültig zu Grabe getragen (siehe unten). Gleichzeitig wird Entwicklungshilfe – so ambivalent sie auch ist – gerade wegen dieser Ambivalenz für das Kapital entbehrlich.

dem Amerika eindeutig wieder als unangefochtener Champion in allen Bereichen etabliert ist, die Amerika für wichtig erachtet“[35].
Um die unangefochtene Überlegenheit der Vereinigten Staaten wieder herzustellen – nichts anderes bedeutet MAGA[36] – schreckt die US-Regierung in der Innenpolitik nicht vor faschistischen Methoden zurück.

In der Außenpolitik missachten sie internationale Abkommen und auch die Souveränität ihrer engsten Verbündeten (ihrer Feinde sowieso). „Die militärische Macht der USA soll nicht mehr dazu dienen, einen friedlichen Weltmarkt zu sichern, [...] sondern um sich einen direkten Vorteil gegenüber anderen konkurrierenden Parteien zu verschaffen“[37].
Damit eng verbunden ist die schamlose Bereicherung der Reichen auf Kosten der Armen, auch für Trump und seine Familie und seine Entourage fällt einiges ab[38].
Wir glauben nicht, dass diese Politik einem „Masterplan“ folgt[39], sondern sie versuchen Vorstellungen unterschiedlicher christlich-konservativer, faschistischer und technologisch-libertärer Netzwerke auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen und gegen die Klasse durchzusetzen. Die gemeinsamen Nenner sind das rücksichtslose Streben nach materiellem Gewinn und die Verachtung der Armen („Looser“).

Kriegsursachen, Soziale Angriffe und Eigensinn im Kapitalismus

Wir gehen davon aus, dass Kriege zwischen kapitalistischen Nationalstaaten geführt werden,

- um ökonomische Ziele,
- um welt- und machtpolitische Ziele
- und vor allem, um Soziale Angriffe gegen die betroffenen Bevölkerungen durchzusetzen.

Wir nehmen die Kämpfe um Zugang zu Ressourcen, Infrastruktur oder Handelsknotenpunkten (Häfen, Kanäle etc.), die Erschließung neuer Märkte, Kapitalvernichtung bei Überakkumulation, die Schaffung neuer Investitionsmöglichkeiten beim Wiederaufbau zerstörter Gebiete oder Profite für die Rüstungsindustrie, welche wiederum weitere Industrien ankurbelt, als ökonomische Ziele wahr.

35 Critisticuffs: Peace for our Time; 2025 https://critisticuffs.org/texts/peace-for-our-time
36 „Make America Great Again“.
37 Critisticuffs (2025)
38 Slodysko, Brian/ Weissert, Will: „Mount Everest der Korruption“; Seit der Wahl hat der Konzern von Trump Hunderte Millionen von Dollar erwirtschaftet; KStA 21. Juli 2025
39 Wie das Projekt 2025 der Heritage Foundation fälschlicherweise bezeichnet wird, siehe: Graham, David: Der Masterplan der Trump-Regierung“; Wie ein radikales Netzwerk in Amerika die Macht übernimmt; Frankfurt/M 2025 Die Heritage Foundation ist nur eine, wenn auch einflussreiche, Stimme im vielstimmigen Chor, nicht alles wird eins-zu eins-umgesetzt.

Das Erringen von Hegemonie im Rahmen der Staatenkonkurrenz, der Erhalt oder Ausbau von lokalem oder regionalem Einfluss und die Festlegung der Bedingungen von Märkten oder Abkommen sind für uns welt- und machtpolitische Ziele.

Während sich diese Ziele vor allem gegen andere Staaten richten, geht es bei Sozialen Angriffen um die Bevölkerung der jeweils eigenen Staaten[40].
Schon während den Kriegsvorbereitungen erleben wir, wie diese Kriegsvorbereitungen und die Erneuerung der kapitalistischen Macht sich gegenseitig bedingen.
Einerseits sehen wir, wie die Akzeptanz für Kürzungen bei Sozialleistungen und Löhnen sowie der Ausweitung und Intensivierung der Arbeit repressiv durchgesetzt wird. Wir denken hier vor allem an die Repression gegen bzw. die Zerschlagung von oppositionellen und sozialen Zusammenhängen, an Aufstandsbekämpfung und an die Bestrafung und Disziplinierung des Proletariats. Dass das Ganze mit einem großen rhetorischen Getöse der Mittelschicht, die von den Angriffen wesentlich ambivalenter betroffen ist, als alternativlos verkauft wird, schmälert nicht den repressiven Charakter für die Armen, deren Konsum- und Autonomiemöglichkeiten massiv angegriffen werden.
Andererseits erleben wir, wie diese Akzeptanz durch kriegstaugliche Zurichtung der Subjekte hergestellt wird. Wir erleben, wie dafür bestimmte ideologische und kulturelle Mentalitäten geschaffen werden. Wir erleben die Herstellung eines Außen durch Nationalismus, Rassismus und Feindmarkierung sowie die Zuweisung geschlechtlicher Rollen[41]. Und wir erleben, wie durch Abwertung, Ausgrenzung und Gewalt gegen „Andere" oder als „Feind" markierte kontinuierlich die Akzeptanz für die „Unvermeidlichkeit von Kriegen" hergestellt werden soll.
Krieg ist für uns vor allem deswegen so unerträglich, weil durch Zerstörungen, Raub, Mord und Vergewaltigungen neue repressive soziale Beziehungen hergestellt werden:

- Vor allem im Süden wird die Landbevölkerung durch Kriege, Landgrabbing, Zerstörung der ökologischen Lebensbedingungen usw. enteignet und vertrieben. Die Menschen werden von ihrem Land – ihrem wichtigsten Produktionsmittel – getrennt. Weite Teile des Südens sind geprägt von Repression, Folter, Terror und allen Formen der Gewalt.
- Auf dem Land entstehen neue Formen kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse. Was vorher außerhalb des Marktes stattfand, wird kommerzialisiert (z.B. Ernährung, Kleidung, Bildung und Gesundheit).
- Als Folge der Enteignungen, Vertreibungen und der neuen Ausbeutungsverhältnisse breiten sich kapitalistische Marktverhältnisse stetig aus und die Städte wachsen. Dort steigern Vertreibungen der Menschen – von ihrem Land, aus ihren Häusern, von ihren prekären Einkommensmöglichkeiten – und die stetige Erhöhung der Le-

40 Der Ukrainekrieg wiederum hat uns gelehrt, dass der Soziale Angriff sich auch gegen Bürger*innen von Staaten weit entfernt von der Front richten kann, ein Blick auf unseren Bürgergeldbescheid genügt. In welcher Form sich ein Staat an einem Krieg beteiligt scheint also zweitrangig, entscheidend scheint, dass er sich beteiligt.

41 Zwar werden auch Frauen und Queers zunehmend in die Bundeswehr integriert, dennoch wird ihnen noch immer v.a. die Reproduktionsarbeit zugewiesen, während Männer durch toxische Männlichkeit für den Kampfeinsatz abgerichtet werden. Wie widersprüchlich und umkämpft diese Prozesse sind, zeigt die aktuelle Ausgrenzung von Trans-Soldat*innen in der US-Army.

benshaltungskosten den Arbeitsdruck.
- Neue kapitalistische Eliten entstehen.
- Sexistische und Anti-LGBTIQ* Gewalt als Kern einer patriarchalen Körperpolitik und Genderordnung nehmen teilweise epidemische Ausmaße an, mit dem Ziel, die Normativität des Male-, Cis- und Hetero-Terrorismus (wieder) herzustellen.
- Vor allen in Afrika werden gegen Hexen, Albinos und andere „Irrationalitäten" mörderische Kampagnen geführt[42].
- Sklaverei und Sklaverei-ähnliche Ausbeutungsverhältnisse wuchern im Schatten der Kriege.
- Neue Technologien werden eingeführt und verbreitet, vermeintlich um die Folgen der Katastrophen, die der Imperialismus ausgelöst hat, abzumildern oder in den Griff zu kriegen. Real geht es darum, die Menschen der Gewalt des Marktes und des Algorithmus – und somit des Kapitals – zu unterwerfen[43].

Die im Krieg anhaltende Gewalt und Perspektivlosigkeit hinterlassen vor allem bei jungen Menschen Spuren: „Viele Kinder haben keine Träume. Wenn man sie fragt, wünschen sie sich meist nur, dass es ihrer Familie gut geht und sie genug zu essen haben. Visionen für ihr eigenes Leben haben sie kaum"[44].

Zentral ist bei Sozialen Angriffen also die Herstellung neuer sozialer Verhältnisse, was v.a. die Einführung und Akzeptanz neuer Gewalt- und Ausbeutungsverhältnisse meint.
Das Kalkül während der Kriegsvorbereitung scheint: Je mehr die neue nationale Einheit den intern brodelnden Klassenkonflikt überlagert, desto mehr werden auch Wehrdienst und Wehrpflicht als notwendiges Übel hingenommen oder sogar gefeiert. Dieses Kalkül greift unserer Beobachtung nach eher bei der deutschen Mittelschicht, die das „Aufregende" und „Spannende" (und letztlich „Ungefährliche") des Krieges seit ihrer Kindheit als Computerspiel kennt, als in den Stadtteilen mit hohem Anteil vor Krieg geflohener Immigrant*innen.
Der (zugegebenermaßen schlechte) Witz an der Sache scheint also, dass diejenigen, deren Brut den Kopf hinhalten sollen, also die Armen, wesentlich schwerer zu motivieren sind als jene, deren Brut sich eine glänzenden Offizierslaufbahn weit weg von der Front erträumen kann, also die Mittelschicht[45].
Da es aber zentral für jegliche Kriegsführung ist, diesen proletarischen Eigensinn zu brechen, ist für uns der zentrale Ansatzpunkt, diesen Eigensinn zu stärken und zu unterstützen.

42 Federici, Silvia: Witches, Witch Hunting and Women. Oakland 2018, S. 45-86

43 Nach: izindaba.info: Kontinent der Kämpfe; 7. April 2017 https://www.izindaba.info/2017/04/07/kontinent-der-kaempfe/

44 Alejandra Ossa Lopra, feministische Aktivistin aus dem Barrio Guadalupe im Nordosten Medelins/ Kolumbien. Zitiert nach junge Welt 20.06.2025

45 Da dummerweise der militärische Alltag der Propaganda nicht entspricht, kommt es in den ersten sechs Monaten bei der Bundeswehr zu einer Abbrecherquote von derzeit 27 Prozent (https://augengeradeaus.net/2024/09/blick-auf-die-bundeswehr-personallage-weniger-bewerber-ein-viertel-abbrecher-und-zu-wenig-geld/)

Technologische Angriffe

Auch die Entwicklung und Verallgemeinerung neuer Technologien und ihre Nutzbarmachung gegen die Klasse und für den Profit nehmen wir als Soziale Angriffe mit dem Ziel der Herstellung neuer sozialer Verhältnisse wahr. Wir sprechen hier von Technologischen Angriffen[46].

Während solche „unternehmerischen Innovationen" (Hartmann) ihre Legitimation in dem Versprechen des Fortschritts und der allgemeinen Verbesserung finden, stören uns die massiven negativen Auswirkungen auf die gesellschaftlichen Verhältnisse, die Klasse und die Umwelt. Denn wir nehmen technologische Innovationen eher als Mittel der Bemächtigung, Zurichtung und Unterwerfung der Subjekte/ Menschen/ Bevölkerungen wahr.

Historische Beispiele sind u.a. die Einführung von Fabrik, Fließband, Einkaufszentrum, Fußgängerzone sowie der moderne Wohnungsbau und die Kernfamilie. All diese Entwicklungen haben zu der Zersetzung gemeinschaftlicher Strukturen beigetragen, der Vereinzelung Vorschub geleistet und die Zahl der psychisch Leidenden explodieren lassen.

Dabei verstehen wir solche Technologischen Angriffe keineswegs als kohärent vorgetragenes Programm, sondern vielmehr als Suchbewegungen. Ihre Vorstöße finden solche Offensiven meist im Rahmen gesellschaftlicher Schocks – von Krisen und Katastrophen bis hin zu Kriegen – die genutzt werden, um den Einzug neuer Technologien in weitere (Lebens-) Bereiche zu legitimieren[47].

Die gegenwärtige Innovationsoffensive verstehen wir genau so: Die Digitalisierung entfaltet ihre Dynamiken rund um die Informationstechnologie (IT) und erhält Einzug in immer weitere Bereiche des Lebens, die sie im Sinne des Profits zu restrukturieren sucht.

Informationstechnologie beschreibt für uns all die Technologien zur Erfassung, Übermittlung, Verarbeitung und Speicherung von Informationen. Sie umfasst nicht nur Computer und Telekommunikationseinrichtungen, sondern auch digitale und physische Infrastrukturen wie das Internet, Software, Glasfaserkabel oder Satelliten – und stellt somit die notwendige Grundlage für Informationsverarbeitung und Kommunikation bereit.

So weitreichend wie der Einflussbereich der IT, so weitreichend erfahren wir auch den Technologischen Angriff:

- als Zerstörung ökologischer Lebensbedingungen und indigener Lebensformen durch Extraktivismus und Rohstoffkriege, um die für die Chip- und Akkuproduktion notwendigen Rohstoffe (Lithium, Kobalt, Coltan, seltenen Erden usw.) zu sichern. Hinzu kommt der ungeheure Energieverbrauch der IT.[48]
- als extreme Ausweitung und Verschärfung der internationaler Arbeitsteilung durch Click-Farmen, Content-Moderation und KI-Training.
- als pausenlose Erfassung von Daten verbunden mit der Hoffnung auf eine quasi lückenlose Überwachung und Steuerung der Bevölkerung durch Smart Home,

46 Der Begriff geht unseres Wissens zurück auf Heft 13 der Zeitschrift Autonomie - Neue Folge: Der technologische Angriff; 1983 https://autonomie-neue-folge.org/hefte/der-technologische-angriff/
Siehe auch: Hartmann, Detlef: Die Alternative: Leben als Sabotage; Zur Kritik der technologischen Gewalt; Tübingen 1981

47 Vgl. Schumpeter, Joseph A. (1980): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. München, S. 137

48 Capulcu: Chipproduktion in der Multikrise – Die materielle Seite künstlicher Intelligenz; 2024; https://capulcu.noblogs.org/post/2024/05/25/chipproduktion-in-der-multikrise/

Smartphone, Smart City usw.[49] Die erfassten Daten dienen dabei nicht nur der Prognose individuellen Verhaltens, sondern ermöglichen darüber hinaus dessen gezielte Modifikation im Sinne ökonomischer und politischer Interessen – etwa im Bereich target marketing, algorithmischer Risikobewertung oder im Kontext von Wahlkämpfen[50].

- als weltweite Monopolbildungen, verbunden mit extremer Reichtumskonzentration und politischer Macht bei denen, „die potentiell investieren" sowie die Privatisierung von hoheitlichen Aufgaben.
- Und vor allem als Herstellung einer neuen untertänigen Subjektivität[51].

Es gibt aber auch einen „proletarischen Gebrauch" des Smartphones: Als 2017 junge Menschen begannen, online gegen den Präsidenten von Togo zu mobilisieren, schaltete der Staat das Internet ab. In der folgenden Woche redeten die Menschen einerseits mehr, andererseits arbeiteten sie härter und hatten weniger Sex[52].
Außerdem gibt es einfache Möglichkeiten, die Datensammelei im Alltag zumindest teilweise auszubremsen:

- Linux statt Windows/ Apple
- Meta-KI widersprechen
- Signal statt WhatsApp
- Nur notwendige Daten teilen
- Keine Gesichter zeigen
- Cookies ablehnen
- Digitale Schutzräume aufbauen (Aufklärung in der eigenen Gruppe, Schulungen zu sicherer Kommunikation, gemeinsame Strategien zur Datensparsam keit usw.)
- und im Zweifel gilt: Shut the f*ck up[53]

49 In diesem Zusammenhang lernten wir ganz unterschiedliche Methoden kennen, z.B. Repression, Nudging, Überwachung, Werbung, Social media, KI usw.

50 NN.: Ein Organ, das alles kontrolliert – eine Kontrolle, die alles organisiert. Mai 2024; https://inferno.noblogs.org/files/2024/05/EinOrganDasAllesKontrolliert.pdf
Vgl. Zuboff, Shoshana: Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus. Frankfurt/M. / New York 2018, S. 23, 35;
Schnetker, Max F. J.: Herrschaft in Zeiten sozialer Medien; In: Tsveyfl - dissensorientierte Zeitschrift Nr. 1; Moers 2017.

51 So zeigen z.B. Thiagarajan u.a, dass der Besitz eines Smartphones vor dem 13. Lebensjahr mit einer schlechteren psychischen Gesundheit im jungen Erwachsenenalter verbunden ist, insbesondere bei Frauen, einschließlich Selbstmordgedanken, Realitätsverlust, schlechterer Emotionsregulation und vermindertem Selbstwertgefühl. Diese Zusammenhänge werden durch mehrere Faktoren vermittelt, darunter der Zugang zu sozialen Medien, Cybermobbing, Schlafstörungen und schlechte familiäre Beziehungen. Dieser Trend zeigt sich konsistent in allen Regionen der Welt, wobei die Ausprägung in englischsprachigen Ländern am größten ist. (Thiagarajan, Tara C./ Newson, Jennifer Jane/ Swaminathan, Shailender: Protecting the Developing Mind in a Digital Age: A Global Policy Imperative; in: JOURNAL OF HUMAN DEVELOPMENT AND CAPABILITIES 2025, VOL. 26, NO. 3, 493–504; https://www.tandfonline.com/doi/epdf/10.1080/19452829.2025.2518313?needAccess=true)

52 Koutonin, Mawuna: No business, no boozing, no casual sex: when Togo turned off the internet; the Guardian (UK); 21 Sep 2017; https://www.theguardian.com/global-development/2017/sep/21/no-business-no-boozing-no-casual-sex-when-togo-turned-off-the-internet

53 Siepmann, Carla: Was immer ihr sagt, gebt nichts preis; Kolumne 25.05.2025; https://netzpolitik.org/2025/breakpoint-was-immer-ihr-sagt-gebt-nichts-preis/

Der Technologische Angriff materialisiert sich auch im Krieg, beide gehören zusammen, sind zwei Seiten einer Medaille[54]:
Einerseits ist es wohl unstrittig, dass heute die Kriegsführung zunehmend digitalisiert ist. Beim Genozid in Gaza beispielsweise wird sich überwiegend auf die KI Lavender gestützt – zur Auswertung und Bestimmung von Zielen. Das Programm bestimmt Kriegsziele anhand der zur Verfügung gestellten und durch KI ausgewerteten Daten und führt sie in einer killing-list zusammen. Lediglich einige Parameter sind vorher vom Menschen festzulegen, wie bspw. der vertretbare Kollateralschaden, also die Anzahl der Zivilist*innen, deren Tod in Kauf zu nehmen ist, um ein Ziel zu erreichen. Eine Quelle gab an, dass menschliches Personal oft nur als „Stempel" für die Entscheidungen der Maschine diente, und fügte hinzu, dass sie sich normalerweise nur etwa „20 Sekunden" für jedes Ziel Zeit nehmen, bevor sie einen Bombenanschlag genehmigen – nur um sicherzustellen, dass das von Lavender markierte Ziel männlich ist. Und das, obwohl sie wissen, dass das System in etwa 10 Prozent der Fälle so genannte „Fehler" macht und dafür bekannt ist, dass es gelegentlich Personen markiert, die nur eine lose oder gar keine Verbindung zu militanten Gruppen haben[55].
Zum anderen sind Kriege das Eldorado für die Entwicklung neuer Technologien und deren Diffusion in der Gesellschaft. Seit dem zweiten Weltkrieg ist das Silicon Valley vor allem mit Geldern aus dem US-Verteidigungsetat aufgebaut worden, während die USA seitdem fast ununterbrochen Krieg führen (Korea, Vietnam, War on Terror, War on Drugs…). Auch in Deutschland nehmen wir Ähnliches war, wenn 45% des Staatshaushaltes für Aufrüstung und militärische Infrastruktur genutzt werden sollen.[56] Zudem ist Krieg als Ausnahmezustand, wie oben bereits dargelegt, eine geeignete Legitimation um neue Technologien in der Gesellschaft zu verankern und die Gesellschaft im Sinne des Profits zu restrukturieren. Ob der Krieg dabei gegen ein Virus, eine Nation, den Terror oder gegen Drogen geführt wird, scheint zweitrangig.

Besonders Angst macht uns die Ausweitung und Nutzung digitaler Technologien und ihre repressive Nutzung am Beispiel der Kameraüberwachung und Gesichtserkennung. Bereits in über 78 Ländern wird Gesichtserkennungssoftware benutzt, um Teilnehmer*innen an Demonstrationen zu identifizieren um sie ggf. anschließend oder auch Tage später zu Hause festzunehmen[57]. Galt China vor einigen Jahren noch als dystopisches Beispiel, wird mittlerweile auch in Deutschland die Kameraüberwachung stark ausgebaut.

54 Unsere Kritik des technologischen Wandels „ist kein Versuch, die Vergangenheit zu konservieren. Es handelt sich vielmehr um die Ablehnung eines von der Logik des Kapitals, von der Logik des Profits dominierten gesellschaftlichen Wandels", wie John Holloway es so schön auf den Punkt gebracht hat (Holloway, John: Freiheit, eine Reflexion; in: Sozial.Geschichte Online 37/ 2024, S. 157 https://duepublico2.uni-due.de/servlets/MCRFileNodeServlet/duepublico_derivate_00082087/06_Holloway_Freiheit_eine_Reflexion_SGO_37_2024.pdf).

55 Abraham, Yuval: 'Lavender': The AI machine directing Israel's bombing spree in Gaza. April 3, 2024 972mag.com/lavender-ai-israeli-army-gaza

56 correctiv.org/faktencheck/hintergrund/2025/06/25/5-prozent-ziel-der-nato-was-das-fuer-den-bundeshaushalt-bedeutet

57 Schwarzbeck, Martin: Biometrie weltweit – Hier werden Protestierende mit Gesichtserkennung verfolgt. April 20, 2025 netzpolitik.org/2025/biometrie-weltweit-hier-werden-protestierende-mit-gesichtserkennung-verfolgt/

Unsere Angst ist nicht abstrakt. Die Kalker-Haupstraße und angrenzende Bereiche werden seit drei Jahren durch Kameras überwacht. In unserem alltäglichen Handeln sind wir permanent bei der Polizei auf dem Schirm. Wir wissen weder, was sie mit den Bildern machen noch was diese Überwachung langfristig mit uns macht.
Dafür wissen wir aber, dass sie (wie in drei anderen Bundesländern[58]) die KI-gestützte Fahndungssoftware Palantir nutzen, jene Überwachungssoftware, die der ICE[59] in den USA ein Echtzeittracking ermöglichen soll, um Einwander*innen „überall aufzuspüren, sie unmittelbar festzunehmen und sie abzuschieben".[60]
Diese Totalüberwachung und die Ausbeutung unserer Datenprofile korrespondieren mit einem eigentümlichen Drang zur Eigendarstellung. In der repräsentativen Studie „Freizeit Monitor2025" nannten die Menschen auf die Frage, was ihnen am meisten Spaß mache, ausschließlich Offline-Aktivitäten. Trotzdem verbringen sie einen Großteil ihrer Freizeit im Internet. „Die Triebfedern seien Bequemlichkeit, Individualisierung und ständige Verfügbarkeit"[61]. Außerdem ist surfen kostengünstig in Zeiten galoppierender Preise.
Oder anders ausgedrückt: Triebfeder dieser Entwicklung ist der stressige kapitalistische Normalzustand.

Voraussetzungen für das Führen von Kriegen

Die Geschichte hat uns gelehrt, um einen Krieg tatsächlich führen zu können, bedarf es materieller, finanzieller und mentaler Kriegsbereitschaft. Aktuell schätzen wir die Lage in der BRD so ein:

Materiell soll es arg schlimm aussehen für die NATO im Allgemeinen und für die Bundeswehr im Speziellen (wir fragen uns, wofür sie die Milliarden eigentlich all die Jahre ausgegeben haben, aber egal).
Wir erfahren durch die Presse, dass die Rüstungsindustrie in der BRD aktuell von High-Tech- auf Massenproduktion umstellt[62].

58 Fürstenau, Marcel: Palantir – Wie gefährlich ist die US-Software in Deutschland? 30 Juni, 2025 www.dw.com/de/palantir-%C3%BCberwachung-ki-spionage-geheimdienst-polizei-v2/a-73461470

59 Die United States Immigration and Customs Enforcement (ICE) ist die größte bundesweite Polizei- und Zollbehörde der USA mit Sitz in Washington, D.C. ICE wurde 2003 nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 gegründet und ist u.a. verantwortlich für das Ermitteln, Identifizieren und Enttarnen von „Grenzverletzungen". ICE steht auch mit sämtlichen größeren US-Botschaften im Ausland in Verbindung, um legale und illegalisierte Einwanderungsvorgänge zu überwachen. ICE ist befugt, Personen festzunehmen und im Gefängnis zu behalten, während der Fall bearbeitet wird. Und abzuschieben, wenn ICE meint, sie hätten gegen Einwanderungsgesetze verstoßen. Darüber hinaus ist ICE zur Durchführung von Razzien zur Auffindung von illegalisierten Einwanderer*innen sowie zur Erforschung von Delikten, welche die illegalisierte Einwanderung betreffen („Menschenhandel", Betrug usw.), befugt. Seit dem Amtsantritt von Trump Anfang 2025 haben Menschenrechtsverletzungen durch ICE erheblich zugenommen.

60 junge Welt 2.8.2025

61 Althaus, Michael/ Bosch, Christiane: Im Sog des Internets; KStA 6. August 2025

62 Gehring, Axel: Nicht für schnelle Aufrüstung gemacht; in: analyse und kritik Nr 690; 21. Februar 2023 https://www.akweb.de/politik/aufruestung-bundeswehr-zeitenwende-waffen-industrie-ukraine-russland/

Um für den Krieg gerüstet zu sein, müssen die notwendigen Infrastrukturen wie Kasernen oder Straßen und Schienen für den Transport von Truppen und Material für viel Geld ausgebaut[63] und die Städte und Gemeinden auf Kriegstüchtigkeit getrimmt werden"[64].
Auch stagniert die Truppenstärke der Bundeswehr trotz intensiver Werbekampagnen weiterhin bei 180.000 Soldat*innen. So kann sie aber nicht das neue NATO-Ziel, 60.000 zusätzliche Soldat*innen, erreichen. Deswegen will die Bundesregierung ab 2026 einen neuen Wehrdienst einführen, zunächst auf freiwilliger Basis. Sollten aber durch den freiwilligen, auf einem Fragebogen basierenden Wehrdienst nicht ausreichend neue Rekrut*innen gefunden werden, wäre die Rückkehr zur Wehrpflicht möglich, falls die Herrschenden meinen, die „verteidigungspolitische Lage" würde das erfordern[65].

Finanziell erleben wir gerade, wie der Krieg durch die Sicherstellung von Steuergeldern und Krediten sowie das Kürzen von Sozialleistungen vorbereitet wird. Im März gab es dann die Grundgesetzänderung, nach welcher „Verteidigungsausgaben, die Ausgaben des Bundes für den Zivil- und Bevölkerungsschutz sowie für die Nachrichtendienste, für den Schutz der informationstechnischen Systeme und für die Hilfe für völkerrechtswidrig angegriffene Staaten" nicht mehr unter die Schuldenbremse fallen[66] und somit Rüstungskredite in unbegrenzter Höhe möglich werden. Außerdem wurde beim NATO-Gipfel in Den Haag am 25. Juni 2025 beschlossen, dass die Mitgliedstaaten zukünftig mindestens 5 % des Bruttoinlandsprodukts für militärische Ausgaben verwenden sollen, was in der BRD, wie weiter oben bereits erwähnt, ungefähr 45 % des Bundeshaushalts von 2024 entsprechen würde[67].

63 Dafür (und nur dafür!!) konnte die Schuldenbremse, deren Alternativlosigkeit Jahrzehnte lang eisern verteidigt wurde, mit Zustimmung von Linkspartei und Grünen abgeräumt werden. Die Grünen interessierte nur, dass auch der Klimaschutz mitgedacht wurde (als ob Krieg und Klimaschutz sich nicht ausschließen würden). Die Linkspartei stimmte im Bundestag zwar dagegen und klagten sogar pro Forma vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Abstimmung. Ihre Begründung war aber schwachsinnig. 2023 hatte die CDU eine Abstimmung über das „Gebäudeenergiegesetz" der Ampel vor dem Bundesverfassungsgericht weg geklagt, weil den Abgeordneten nicht genügend Zeit gelassen wurde. Dass die Linkspartei sich darauf nicht bezogen hat, zeigt – wie die ihre Zustimmung im Bundesrat – dass sie es nicht ernst meinten. Auf sie kam es aber in beiden Häusern nicht an. Das erinnert uns an die „Ursünde" der SPD: die Zustimmung zu den Kriegskrediten vor dem Ersten Weltkrieg

64 Z.B. können Unternehmen „im Ernstfall zwangsweise zur Landesverteidigung herangezogen werden – mit massiven Eingriffen in ihre Autonomie, ohne direkte Gegenleistung und mit unkalkulierbaren Risiken für ihre Existenz. Der Klageweg wird ausgeschlossen." Dowideit, Anette/ Schraven, David: Bundeswehr trimmt Städte und Gemeinden auf Kriegstüchtigkeit; 18. August 2025 https://correctiv.org/aktuelles/sicherheit-und-verteidigung/2025/08/18/bundeswehr-trimmt-staedte-und-gemeinden-auf-kriegstuechtigkeit/ Denn die Bundeswehr ist überzeugt davon, dass sie militärische Fähigkeiten durch zivile Fähigkeiten kompensieren müsse (André Bodemann,Vizebefehlshaber des Operativen Führungskommandos der Bundeswehr; zitiert nach: Ismar, Georg/ Timmler, Vivien: „Wir befinden uns nicht im Krieg, aber auch nicht mehr im Frieden"; Interview mit Bundeswehr-Chefplaner; Süddeutsche Zeitung 18. August 2025; www.sueddeutsche.de/politik/bundeswehr-verteidigung-ernstfall-angriff-li.3297532?reduced=true

65 Benz, Anton: Verteidigungsminister Pistorius bereitet Wehrpflicht vor; in: neues deutschland 09.07.2025 https://www.nd-aktuell.de/artikel/1192460.gesetzentwurf-zum-wehrdienst-verteidigungsminister-pistorius-bereitet-wehrpflicht-vor.html

66 Laboda, Alexander: Fragen und Antworten zu Sondervermögen und Schuldenbremse; MDR aktuell 21. März 2025 www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/sondervermoegen-schulden-infrastruktur-verteidigung-union-spd-faq-100.html#sprung2

67 Bernhard, Max: 5-Prozent-Ziel der Nato: Was das für den Bundeshaushalt bedeutet; 25. Juni 2025 /correctiv.org/faktencheck/2025/06/25/5-prozent-ziel-der-nato-was-das-fuer-den-bundeshaushalt-bedeutet/

Die aktive Bereitschaft zum Sterben für das Vaterland hinkt aber dem abstrakten Militarismus noch stark hinterher. Die notwendige breite mentale Kriegsbereitschaft – die Bereitschaft der Bevölkerung zum Krieg – versuchen sie durch Soziale Angriffe aktiv herzustellen: Dafür hören wir einerseits „positive" Erzählungen der nationalen Einheit und der klaren Feindmarkierung durch patriarchale, rassistische und nationalistische Heldenerzählungen (gewürzt mit Demokratie, Leistungsbereitschaft, Liberalität, Wohlstand usw.), die vor allem über Politik und (soziale) Medien verbreitet werden.
Andererseits stressen sie uns mit dem Gefühl der Überforderung, der permanenten Bedrohung und Angst[68].
Beides in Dauerschleife. Das ist zentral. Mit permanenten Heldenerzählungen und Dauerstress wollen sie so allmählich eine Kultur des Krieges schaffen und kultivieren: der Krieg erscheint als unerwünschter aber leider unvermeidlicher Ausweg aus Bedrohung und Krise.

Krisen als Transformationsmöglichkeit für Staat und Kapital

Entscheidend für unser Verständnis von Sozialen Angriffen ist die Erkenntnis, dass Staat und Kapital Krisen nicht fürchten, sondern selbst herbeiführen oder instrumentalisieren[69], um sie für ihre Zwecke nutzbar zu machen. In erster Linie zielen sie mit Krisen darauf ab, Widerständigkeit zu schwächen und Aufstandsbekämpfung zu betreiben. Dass dies nicht zwangsläufig funktioniert, zeigt die Finanzkrise 2008 und die seitdem nicht endende Welle von globalen Aufständen.
In der heutigen Dauerkrise wird der Ausnahmezustand permanent, was wir u.a. in der stetigen Ausweitung von Befugnissen der Polizei, der dauerhaften Missachtung von Bürger- und Menschenrechten, der Aushöhlung des Rechtsstaates oder dem zunehmenden Regieren durch Dekrete ohne Zustimmung durchs Parlament merken.
In Krisen legitimiert sich der Staat einerseits als „Retter", andererseits können Transformationsmaßnahmen von Politik, Justiz und Wirtschaft durchgesetzt werden, für welche sonst kaum Zustimmung zu erwarten wäre.
Der Staat als Katastrophenverwaltungsstaat verlangt im Gegenzug zur Herstellung von Sicherheit nach totaler (v.a. digitaler) Kontrolle, erwartet aber auch von der Bevölkerung die Kontrolle des eigenen und gegenseitigen Verhaltens, was zur weiteren Verinnerlichung von Herrschaft führt. Der Staat präsentiert sich so als unverzichtbarer Garant von Sicherheit vor Bedrohungen jeder Art, wodurch „ewige Prävention vor der ewigen Katastrophe [,] eine auf Dauer gestellte Überwachung und eine unendliche Militarisierungsspirale im Staat wie in der Gesellschaft [ermöglicht]"[70] werden sollen.

68 z.B.: Massala, Carlo: Wenn Russland gewinnt; Ein Szenario. München 2025

69 Detlef Hartmann belegt an Hand von Protokollen aus dem Federal Open Market Committee (FOMC, deutsch: ‚Offenmarktausschuss'), dem zentralen Organ der der US-amerikanischen Notenbank Federal Reserve (Fed), wie die Finanzkrise 2008 bewusst und absichtlich herbeigeführt wurde. Das FOMC betreibt die Geld- und Währungspolitik der USA. (Hartmann, Detlef: Krisen, Kriege, Kämpfe; Band 1: Alan Greenspans endloser Tsunami/ eine Angriffswelle zur Erneuerung kapitalistischer Macht. Berlin/ Hamburg 2015)

70 Aus der brennenden Hütte (2024), S. 83

Corona, Ukraine und Gaza als Soziale Angriffe

Seit der Finanzkrise 2008 erlebten wir – jenseits der stetig weiter befeuerten Klimakrise – drei große weltweite Krisenangriffe: die Corona-Pandemie, den Ukraine-Krieg und den Genozid in Gaza.

Corona

Autoritäten, denen wir schon lange mit Misstrauen oder zumindest mit Skepsis gegenüberstehen – wie Polizei, Wissenschaft, Medien, Unternehmen und Staaten – traten während der Corana-Krise plötzlich als Bewahrer und Beschützer von „Leben" auf. Wessen Leben geschützt und wessen Leben weniger geschützt wurde (z.B. Arme, Arbeiter*innen, Geflüchtete, Bewohner*innen von sozialen oder repressiven Einrichtungen), war dabei weniger von Bedeutung, als das wir uns alle gegenseitig dazu drängen, das System am laufen zu halten.

In einem geleakten Strategiepapier des Innenministeriums aus dem März 2020 lesen wir, dass die staatliche Kommunikation sowie die angeordneten Maßnahmen schon zu Beginn nicht auf medizinischer Evidenz basierten, sondern eine „gewünschte Schockwirkung" erzielen sollten, damit „das Vertrauen in die demokratischen Institutionen in Deutschland" nicht nachhaltig geschädigt werde[71]. Sie wollten uns also maximale Angst machen, um möglichst weitgehenden Einschnitten in die Bürger*innen- und Menschenrechte Akzeptanz zu verschaffen.

Karl Heinz Roth wies überzeugend nach, dass der Zustand des Gesundheitswesens darüber entschied, wie hoch die Todesraten waren, während Lockdowns auf die schweren und tödlichen Krankheitsverläufe keinen Einfluss hatten, jedoch zu massiven psychischen Folgen führten[72].

Dass der Politik die Unverschämtheit ihres Ansatzes klar war – rücksichtslose Absicherung der kapitalistischen Produktionsweise, Bereicherung der Reichen (inklusive der Zuschusterung lukrativer, überteuerter Aufträge an Freunde, Verwandte und politische Verbündete), Verordnung von gesellschaftlicher Isolation, ohne die vulnerablen Personenkreise wirksam zu schützen – drückte der damalige Gesundheitsminister Spahn offen aus: „Wir werden in ein paar Monaten einander wahrscheinlich viel verzeihen müssen."[73]

Mit dieser Schock-Strategie wurde anscheinend geprobt, wie weit der Staat bei zukünftigen Krisenszenarien gehen kann.

Dabei sind für uns drei Zielsetzungen offensichtlich: eine autoritäre Wende, eine technologische Wende und eine finanzpolitische Wende voranzutreiben.

---

71 Bundesministerium des Innern und für Heimat; Wie wir COVID-19 unter Kontrolle bekommen; Berlin 22. März 2020; nachzulesen unter: https://www.abgeordnetenwatch.de/sites/default/files/media/documents/2020-04/bmi-corona-strategiepapier.pdf

72 Roth, Karl Heinz: Blinde Passagiere; Die Coronakrise und die Folgen. München 2022, S. 315ff

73 Spahn, Jens: „Wir werden einander viel verzeihen müssen"; 12 Oktober 2022 ; Zitiert nach: https://jens-spahn.de/updates-and-news/wir-werden-einander-viel-verzeihen-muessen/ Siehe auch: welt.de; Das Update zur Corona-Krise; „Wir werden viel verzeihen müssen", sagt Jens Spahn; 22.04.2020 welt.de/vermischtes/article207443999/Das-Update-zur-Corona-Krise-Wir-werden-viel-verzeihen-muessen-sagt-Jens-Spahn.html

Die autoritäre Wende: Mit zahlreichen Maßnahmen versuchten sie, das Misstrauen gegen die Regierenden in ein Misstrauen aller Menschen untereinander zu verwandeln, die Menschen in ihren sozialen Blasen und im digitalen Raum zu isolieren und insbesondere die Welle der globalen Aufstände zu brechen, um der kapitalistischen Staatenordnung eine kurze Verschnaufpause zu verschaffen[74].
Als die Menschen zusammenkamen, um gegen die staatlichen Zwangsmaßnahmen aufzubegehren, erblickten Antifas zwischen den vielen „unpolitischen Bürger*innen" Faschos. Anstatt zu versuchen, die Faschos auszugrenzen (wie die französischen Antifas bei den Gelbwestenprotesten), denunzierten sie alle Teilnehmenden als Nazis und konnten so den Schulterschluss zwischen Bürgerlichen und Faschist*innen (die ja oft nicht offen auftraten und von vielen als solche nicht wahrgenommen wurden) nicht beeinträchtigen. So liefen da neben Faschos zum Großteil verunsicherte Bürger*innen, denen nichts Besseres gegen die repressiven staatlichen Maßnahmen eingefallen war. Die Folge war, dass soziale Themen kaum eine Rolle spielten, die öffentlich wahrgenommene Kritik an den staatlichen Maßnahmen durch individualistische und nationalistische Sichtweisen geprägt wurde und die radikale Linke es verpasste, etwas zur Kritik an der staatlichen Politik beizutragen und die Maßnahmen im Rahmen des Klassenkampfes zu analysieren.
Wir beobachteten außerdem, wie in dieser Phase Veranstaltungen wie die Kundgebung zum Jahrestag der Morde in Hanau trotz umfangreichem Schutzkonzept schlicht verboten wurden. Gleichzeitig kam es bei verschiedenen politischen Zusammenkünften während der Pandemie immer wieder zu massiver Polizeigewalt bis hin zur vollständigen Zerschlagung der Proteste.
Und wir stellten am Ende „überraschend" fest: In der Krise hat die Repression gegen Linke und Arme zugenommen und die AfD ist in vielen Regionen zur stärksten Partei geworden – und in vielen anderen Ländern sieht es nicht besser aus.

Die technologische Wende: Außerdem erlebten wir, wie während der Pandemie Innovationen in den Bereichen Bio- und Medizintechnik, Informations- und Kommunikationssysteme, Robotik, Nanotechnik und Künstliche Intelligenz vorangetrieben wurden, um die kapitalistische Herrschaft auf neue Grundlagen zu stellen[75]. Besonders einschneidend war, wie Informationstechnologien zur zentralen Basis der sozialen Kommunikation wurden. Kritik? War leider nicht möglich.
Und wir stellten am Ende „überraschend" fest: In der Krise hatten die High-Tech-Konzerne soviel Daten von uns gesammelt, dass sie auf einmal mit der KI richtig loslegen konnten.

Die finanzpolitische Wende: die Coronakrise war gleichzeitig eine brutale Abkehr vom neoliberalen Spardiktat. Die Staaten schaufelten Milliarden zu den Unternehmen, einerseits um sie vermeintlich vor dem Ruin zu retten, andererseits um völlig überteuerte Schutzausrüstungen, Medikamente, technische Geräte, Software usw. zu erwerben. Gleichzeitig wurden wir durch die soziale Isolation dazu gedrängt, unser Taschengeld für teure technischen Geräte und Software auszugeben. Und statt im Einzelhandel zu shoppen, überwiesen wir klaglos unser Geld an Jeff Bezos (Amazon) und Konsorten. Und wo wir nicht mit Geld bezahlen mussten, bezahlten wir mit unseren Daten um so mehr.

74 Anonym: Konspirationistisches Manifest. o.O. 2022, S. 51
75 Roth (2022), S. 439f.

Am Ende stellten wir dann „überraschend" fest: In der Krise sind die Reichen wesentlich reicher und die Armen wesentlich ärmer geworden[76].

Perfide empfanden wir auch den Umgang mit den Ländern des Südens: der Profit der Pharmaunternehmen war wichtiger als die Versorgung der Menschen mit Medikamenten, die sie nicht bezahlen konnten (weil sie so irrwitzig teuer waren und die Pharmaunternehmen so irrwitzig viel daran verdienten). So ließ die EU lieber teure Medikamente vergammeln, als sie armen Menschen im Süden zur Verfügung zu stellen. Die Glaubwürdigkeit des westlichen „Menschenrechtsgelabers" war auf einem neuen Tiefpunkt angekommen.

Ukraine

Während das absolut Böse zu Pandemie-Zeiten noch das Virus selbst und jegliche Kritiker*innen der staatlichen Politik waren, wurde im Ukraine-Krieg der russische Präsident Wladimir Putin als das Böse in Person dargestellt[77]. Gleichzeitig präsentiert sich uns der deutsche Staat zusammen mit seinen NATO-Verbündeten als Verteidiger des Guten in Form der „wertebasierten Weltordnung", die gegen den russischen Despotismus verteidigt werden müsse[78].
Wir nehmen stattdessen den Ukraine-Krieg auch als einen an Verzweiflung grenzenden Versuch der USA, Deutschland und der NATO wahr, ihre Weltordnung und Hegemonie zu verteidigen, während die ukrainische Regierung ihre „nationale Souveränität" behaupten will[79] und Russland seinen weiteren Einflussverlust in der Welt aufzuhalten versucht.
Die NATO hat unserer Meinung nach mit zur Eskalation beigetragen[80]. Wir können nichts erkennen, was sie dafür getan haben soll, diesen Krieg zu verhindern.
Außerdem scheinen sich die russischen und ukrainischen Eliten einig, den Krieg zur Bekämpfung der „Moralischen Ökonomie"[81] und der „sowjetischen Arbeitsmoral" zu nutzen, die in beiden Ländern als Hindernis für kapitalistische Akkumulation angesehen werden.

---

76 Z.B. verfügten 2015 die oberen zehn Prozent der US-Haushalte noch über 60 Billionen US-$ an Vermögen, Anfang 2025 waren es 107 Billionen, wie eine Analyse der US-Notenbank Fed ergab. (Buchter, Heitke, Die Zeit Nr. 31; 30. Juli 2025

77 Die folgende Darstellung soll nicht den verbrecherischen Charakter des russischen Überfalls auf die Ukraine relativieren. Wir hassen Putin und sein System und lieben jene, die gegen seine Herrschaft kämpfen. Allein: durch den Krieg scheint uns Putins Macht eher gefestigt zu werden. Wir wollen Genoss*innen nicht kritisieren, wenn sie auf der Seite der ukrainischen Armee für die Verteidigung der Autonomie kämpfen (vgl. Brosch, Valerie: Gegen die russische Staatsgewalt; Münster 2024; S. 110-119). Wir fürchten nur, dass dieser Kampf, der auf die Unterstützung der NATO (die wir für eine brutale kapitalistische Verbrecherorganisation halten, der wir niemals trauen) angewiesen ist, aussichtslos ist. Es wäre schön, wenn wir uns irren.

78 Das hindert die EU aber nicht daran, weiterhin russisches Gas und Erdöl zu beziehen, wenn auch häufig über Drittländer wie Indien. Unmittelbar nach Kriegsbeginn stiegen die Importe sogar (siehe z.B.: dpa: EU kauft für Milliarden russisches Gas; KStA 19. August 2025).

79 Trump machte durch Selenskis Demütigung in Washington im Februar 2025 deutlich, dass sich die Ukraine für diese „nationale Souveränität" nichts kaufen kann.

80 Nicht nur, aber auch durch die NATO-Osterweiterung.

81 Zum Konzept der „Moralischen Ökonomie: Thompson, Edward P.: Plebeische Kultur und Moralische Ökonomie. Frankfurt/M. 1980
Scott, James C.: The Moral Economy of the Peasant. Yale 1976
Zum Kampf um die Moralische Ökonomie im bolschewistischen Herrschaftsbereich, siehe:
Materialien für eine neuen Antiimperialismus Nr. 4: Das Ende des sowjetischen Entwicklungsmodell;

Interessant ist, dass die Entwicklung zum Ukrainekrieg von Linken nicht (oder bestenfalls dogmatisch) aus einer historischen Perspektive analysiert wurde, die den Krieg der Klassen in den Mittelpunkt der Analyse stellt. Für uns bedeutete das Ende des sowjetischen Entwicklungsmodell das Scheitern des bolschewistischen Kommandos über die Arbeit[82].
Der Westen protegierte daraufhin aggressive Kerne der alten Nomenklatura[83], denen große Teile des staatlichen Eigentums an Produktionsmitteln als privates Eigentum übertragen wurde. Während innerhalb der EU das Versprechen „Wohlstand gegen Unterwerfung" für eine beachtliche Zahl der Bürger*innen realisiert werden konnte, versanken die anderen ehemaligen Sowjetrepubliken in einem Sumpf von Korruption, Krieg und Rohstoffextraktivismus. „Good Guys" aus der Sicht des westlichen Kapitals waren all jene, die für billige Rohstoffe im Angebot sorgten und die Klasse klein hielten.
Als Jelzin daran scheiterte, war der alte KGB-Mann Putin in den Augen des westlichen Kapitals und der westlichen Politik genau der richtige Mann zur richtigen Zeit. „Kleine" Kriege, – wie in Tschetschenien mit Schätzungsweise 50.000 - 80.000 Toten – dienten dem „guten Zweck", der Unterwerfung der Postsowjetischen Bevölkerung.
Der Wendepunkt war 2014 die Maidan-Bewegung in der Ukraine, die mit herkömmlichen Mitteln nicht mehr unter Kontrolle gebracht werden konnte. Es schien unter ukrainischem, westlichen und russischem Kapital einen (unabgesprochenen?) Konsens zu geben, dass die einzige Lösung in einer massiven Ethnisierung der sozialen Konflikte liege, durchgesetzt mit massiver Gewaltanwendung.
Die EU, als angebliche Kämpferin gegen Korruption und für Liberalität, unterstützte in der Westukraine sofort diejenigen Kapitalfraktionen, die für den Ausverkauf des Landes standen, keine Berührungsängste zum „Rechten Sektor" hatten und auch vor Massakern nicht zurückschreckten[84].
Nachdem auch im Osten der Ukraine die sozialen Konflikte unter anderem mit Fabrik- und Bergwerksbesetzungen außer Kontrolle gerieten, rief das dortige, im Ethnozirkus als prorussisch gelabelte Kapital, die Russische Armee um Hilfe gegen die Aufständischen.

Beiträge zur Geschichte der sozialen Konfrontation mit dem sozialistischen Akkumulationskommando. Berlin/ Göttingen 1992
Hartmann, Detlef: Krisen, Kämpfe, Kriege Band 2; Innovative Barbarei gegen soziales Revolution/ Kapitalismus und Massengewalt im 20. Jahrhundert. Berlin/ Hamburg 2019

82 Der Kapitalismus kann verschiedene Formen annehmen. Der Bolschewismus ist für uns eine historische Erscheinungsform des Kapitalismus auf Grundlage des „keynesianischen Produktivitätsdeals" (Cleaver, s.o.). Das Besondere ist, dass v.a. der Staat (und nicht der Staat und das Kapital gemeinsam) die Mehrwertproduktion organisiert. Aus Arbeiter*innensicht bleibt das Kommando genauso autoritär, die Arbeit genauso entfremdet wie in anderen kapitalistischen Gesellschaftsformationen, was die Leninisten selbstverständlich leugnen. Siehe dazu: Materialien für eine neuen Antiimperialismus Nr. 4: Das Ende des sowjetischen Entwicklungsmodell; Beiträge zur Geschichte der sozialen Konfrontation mit dem sozialistischen Akkumulationskommando. Berlin/ Göttingen 1992

83 Der Begriff Nomenklatura bezeichnet im westlichen Sprachgebrauch in sozialistischen Ländern zum einen ein Verzeichnis aller Führungspositionen in Partei, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft. Dieses Verzeichnis ist ein Instrument der langfristigen Personalplanung im Rahmen der im Kommunismus typischen Kaderpolitik. Andererseits bezeichnete der Begriff auch die Gesamtheit der Personen, welche diese wichtigen Führungspositionen innehatten, also die Eliten.

84 Z.B. starben am 2. Mai 2014 mindestens 42 Aktivist*innen als während ethnisierten Auseinandersetzungen in Odessa ein Gewerkschaftsgebäude in Brand gesteckt wurde.

Seitdem herrscht Krieg in der Ukraine, doch die sozialen Probleme bekamen beide Seiten nicht in den Griff[85].
Im Frühjahr 2019 repräsentierte der überwältigende Wahlsieg (73%) Selenskis, eines russischsprachigen Juden, dessen wichtigste Wahlversprechen der Frieden mit Russland und ein Ende der Korruption waren, die Absage der übergroßen Anzahl der Bevölkerung an diesen Ethnozirkus.
Es ist heute müßig darüber zu spekulieren, ob das Scheitern von Selenskis Ansatz der Politik des Westens oder doch eher der Politik der russische Regierung zuzurechnen ist. Für uns ist entscheidend, dass beide Seiten keinerlei Interesse an einer Befriedung der Ukraine haben, solange die sozialen Konflikte nicht im Interesse des Kapitals gelöst sind. Im Krieg wird fleißig an dieser „Lösung" durch Aushöhlung sozialer Rechte, Sexismus und Ethnopolitik, Verschuldung, Zerstörung, Mord usw. gearbeitet. Ein Großteil der Ukraine wird nach dem Krieg schlicht dem internationalen Kapital gehören, so ist ihr Plan. Egal wer gewinnt.

In Russland und der Ukraine zeigt sich der Soziale Angriff auf die eigene Bevölkerung in der totalen Unterordnung der Bevölkerung unter die Kriegsziele.
Für uns ist zentral: für die Ukraine bringt der Krieg unendliches Leid in Form von Tod, Zerstörung und Traumatisierung, während die Regierung gleichzeitig den Sozialen Angriff nach innen organisiert. Sie setzt tiefgehende neoliberale Reformen im Gegenzug für Milliardenhilfen von Weltbank und IWF zur Finanzierung des Krieges um. Um potenziellen Investor*innen für den Wiederaufbau des Landes möglichst gute Bedingungen zu schaffen, wurden Streiks verboten, Gewerkschaften entmachtet und viele ihrer Immobilien verstaatlicht sowie durch ein neues Arbeitsgesetz die Möglichkeit geschaffen, Tarifverträge einseitig zu kündigen, Urlaubstage zu streichen oder die Wochenarbeitszeit auf bis zu 60 Stunden zu erhöhen[86].
Aus Russland erfahren wir, wie Putin den Krieg nutzt, um seine Herrschaft unantastbar zu machen[87], die Repression zu steigern (z. B. bei Anti-Mobilisierungs-Protesten oder militanten Kriegsgegner*innen, aber auch gegen LGBTQI*) sowie die russische Wirtschaft zu reindustrialisieren. Uns wird immer deutlicher, dass die russische Regierung ihr eigenes Schicksal fest mit dem Kriegsausgang verknüpft und ein Sieg zur absoluten Notwendigkeit für ihr politisches Überleben wird[88].

85 Vgl.: Watkins, Susan: Five Wars in One; New Left Review 137; Sept./ Oct. 2022 Birke, Peter, On „The Tragedy of The Ukrainian Working class"; Karmína, interviewed by Peter Birke; Sozial.Geschichte Online 34 (2023), S. 225–243; https://duepublico2.uni-due.de/servlets/MCRFileNodeServlet/duepublico_derivate_00077789/09_Karmina_Birke_Interview.pdf

86 Grüneklee, Gerald: Nur Lumpen werden überleben. Wien 2024, S. 44f.

87 Suslov (2024) spricht in diesem Zusammenhang von „Putinismus", den er als eine rechte nationalistische und identitäre Ideologie mit bolschewistischen Einschlag bezeichnet, die über die Person Wladimir Putins hinausgeht, der weder ihr alleiniger Schöpfer noch ihr Hauptvertreter ist. Seine Kritik bleibt aber reine Ideologiekritik, mit dem kapitalistischen, sexistischen, heterosexistischen, rassistischen, kolonialistischen und imperialistischen Charakter des Putinismus beschäftigt er sich nicht. Suslov, Mikhail: Putinism. Post-Soviet Russian Regime Ideology. London 2024

88 Jaitner, Felix: Kapitalismus und das System Putin; In: AK Beau Sejour (Hg.): Sterben und sterben lassen; Der Ukrainekrieg als Klassenkonflikt; Berlin 2024; S. 210 Hoppe, Sebastian: Russlands Umbau zur Kriegsgesellschaft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik; Februar 2024; S 75-82; https://www.blaetter.de/node/31622/download

Für uns fokussiert sich der Soziale Angriff in der BRD bisher auf die Herstellung von „Kriegstüchtigkeit“ in der Bevölkerung. Auf den „Krieg gegen das Virus“ folgte 2022 der „Krieg gegen die russische Autokratie“. So wird ein Gut-Böse-Schema geschaffen, dass jegliche Kritik an der staatlichen Politik unterbinden soll. Opposition ist zwar möglich, wird aber in der öffentlichen Darstellung weitgehend reduziert auf die absurde Putin-Nähe von AfD, BSW oder Alice Schwarzer.
Durch die permanente Feindmarkierung Russlands in Politik und Medien geht es insbesondere darum, uns zu Disziplin und Verzicht zu bewegen. Wir beobachten dabei eine für uns unerträgliche Moralisierung des politischen Diskurses, z.B. indem dazu aufgerufen wird, im Kampf für die „europäischen Werte“ weniger zu heizen oder wegen der Aufrüstung Kürzungen bei Sozialleistungen hinzunehmen. So wollen die Herrschenden die materielle, finanzielle und mentale Kriegsbereitschaft vorantreiben und jeglichen Widerstand im Keim ersticken.

Gaza

Eine stetige Zunahme des Einsatzes militärischer Gewalt als zentrales Mittel der Durchsetzung kapitalistischer staatlicher Interessen beobachten wir bereits seit der Niederschlagung des sog. Arabischen Frühlings. Die Ereignisse in Gaza weisen für uns allerdings darauf hin, dass diese grässliche Entwicklung noch nicht an ihr Ende gekommen ist. So weist der Genozid in Gaza für uns auf einen weiteren fundamentalen Einschnitt für die „regelbasierte Weltordnung“ hin: die exzessive Zunahme militärischer Gewalt als zentrales Mittel der Durchsetzung kapitalistischer staatlicher Interessen.
Was darüber hinaus die Einschätzung des genauen Charakters dieses Krieges angeht, so bestehen unter uns einige Uneinigkeiten – wie sollte es anders sein.

Einerseits gibt es unter uns die Sichtweise, dass der aktuelle Genozid Ausdruck der Entwicklung der sozialen Antagonismen in der israelischen und palästinensischen Gesellschaft ist. Die Hamas, als palästinensische Sektion der internationalen reaktionären und antisemitischen Muslimbruderschaft, wird nicht als Teil des Widerstands gesehen, sondern als historisches Projekt, (gefördert von reaktionären arabischen bzw. islamischen Regimes und anfänglich hofiert von der israelischen Regierung) um den „Widerstand von unten“ in der palästinensischen Gesellschaft zu islamisieren und mit Gewalt unter Kontrolle zu bringen. Genauso wird der Rechtszionismus und die Israelische Armee nicht als Ausdruck eines angeblich „authentischen Judentums“ gesehen, sondern als Ausdruck kapitalistischer Strategien, das Widerspenstige in der jüdischen und in der israelischen Gesellschaft unter Kontrolle zu bringen.
In dieser Perspektive kritisieren wir gemeinsam mit palästinensischen Oppositionellen die Instrumentalisierung der Demütigung des Kolonialismus und der Besatzung zur Legitimierung der islamistischen Gewalt nach innen und nach außen und gemeinsam mit jüdischen und israelischen Oppositionellen die Instrumentalisierung der Traumata der Shoa

In der Welt des Postfaktischen können selbstverständlich am Ende beide Seiten sich zum Sieger erklären, siehe die absurden Siegesmeldungen der iranischen Führung nach dem vorher angekündigten Showangriff auf die US-Basis in Katar im Juni 2025.

und des Antisemitismus zur Legitimierung der zionistischen Gewalt nach innen und nach außen.
Doch wem nützen solche Opfererzählungen? Nur den Herrschenden![89] „Die Krux ist die Ablehnung des Kompromisses als Lösung … Hier steht die maximalistische Utopie über der Menschlichkeit der anderen Seite.[90]
Aus dieser Perspektive können wir uns eine Lösung nur vorstellen, wenn wir die ethnisierten identitären Zuschreibungen hinter uns lassen, „den Schmerz der anderen begreifen“[91] und uns als internationalistische und internationale proletarische Klasse gegen Ausbeutung und Gewaltherrschaft organisieren. Wie soll es sonst einen Ausstieg aus 80 Jahren (und noch mehr) Massaker, Vertreibung und Völkermord geben?
In dieser Perspektive ist der Schwerpunkt die Unterstützung oppositioneller, antikapitalistischer, antisexistischer und pazifistischer Bewegungen in Israel[92], Palästina[93], im gesamten Nahen Osten und weltweit!

Andererseits gibt es unter uns die Sichtweise, den Genozid in erster Linie als eine zwar deutlich verschärfte, letztlich aber nur fortgesetzte Entwicklung der seit weit über 100 Jahren anhaltenden Kolonialisierung Palästinas und seiner Bevölkerung und der seit fast 80 Jahren betriebenen Politik der ethnischen Säuberung, Besatzung und Unterdrückung zu deuten. Die Gegengewalt der palästinensischen Widerstandsorganisationen genauso wie der autonom agierenden palästinensischen Proletarier*innen sehen wir in diesem Sinne

89 Drei politische Köpfe der Hamas verfügen zusammen über ein Vermögen von rund 11 Milliarden US-$, während vor dem Krieg 54 % der Bevölkerung im Gazastreifen in Armut lebten. Die Palästinensische Autonomiebehörde steht dem kaum nach (Griessbach, Tobias, Warum fällt es so schwer, auch die Mächtigen Palästinas zu kritisieren; taz 15. Juli 2024)
Zur Geschichte der Hamas: Croitou, Joseph: Die Hamas; Herrschaft über Gaza und Krieg gegen Israel; München 2024.
Zur Geschichte des Zionismus: Rubin, Barnett R.; Falsche und andere Erlöser. Was die Befreiungsträume des Zionismus mit dem Kolonialismus zu tun haben – ein Essay zur laufenden Debatte; in: PERIPHERIE – Politik • Ökonomie • Kultur, Nr. 174-175 (2-2024), S. 260-276. https://doi.org/10.3224/peripherie.v44i2.09

90 Würdemann, Tom Khaled: Israel und der Antisemitismus; Antisemitismusdefinitionen im Kontext des Nahostkonflikts; in: Aus Politik und Zeitgeschichte 25-26/2024 - Antisemitismus; https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/antisemitismus-2024/549358/israel-und-der-antisemitismus/ 14.06.2024 ein sehr lohnenswerter Text.

91 Wiedemann, Charlotte: Den Schmerz der anderen begreifen; Holocaust und Weltgedächtnis. Bonn 2022

92 Zur israelischen Opposition, siehe z.B.: Rapoport, Meron: For more Israelis, calling out war crimes is no longer taboo; Recognition of the army's atrocities in Gaza has moved into mainstream Israeli discourse. This alone cannot end the war — but it's a profound shift; May 29, 2025; https://www.972mag.com/israelis-war-crimes-gaza-taboo/ Binyamini, Hadas: What is the duty of the Israeli left in a time of genocide?; January 3, 2025; https://www.972mag.com/duty-of-the-israeli-left-in-genocide/

93 Zur palästinensischen Opposition, siehe z.B.: Hoekman, Gerit: Blockade gegen Kriegsregierung; in junge Welt 18. August 2025
Abdelfattah, Awad: From Sakhnin to Ramallah, a new wave of Palestinian popular struggle takes root; Amid growing outrage over Gaza, protests and hunger strikes mark a renewed Palestinian movement determined to bridge division and sustain resistance; August 6, 2025 https://www.972mag.com/new-wave-palestinian-popular-struggle/
Hunglinger, Steffen: „Wir können viel kreativer über Konfliktlösung nachdenken“; taz 27. Mai 2025; https://taz.de/!6087134&SuchRahmen=Print/

nicht als entscheidenden Auslöser für die Entwicklung der kolonialen Gewalt, weil jene historisch gesehen bereits vor dem Widerstand auftrat. Im Gegenteil sehen wir die koloniale Gewalt als Auslöser für den nationalen Widerstand.
Auch beharren wir darauf, dass die koloniale Gewalt der zionistischen Siedlerbewegung und des israelischen Staates weder historisch noch aktuell alleine mit Traumata aus der Shoa zu erklären sind und dass stattdessen vielmehr die Durchsetzung, Sicherung und Ausweitung des zionistischen Staatsprojektes die Hauptrolle einnimmt und die Traumata aus der Shoa eine untergeordnete Rolle spielen.
Daraus leiten wir ab, dass der Verzicht auf exklusive nationalistische Ansprüchen auf das Land für eine einzige Bevölkerung (also entweder für jüdische oder arabische Menschen) zwar in der Zukunft Voraussetzung für ein gutes Zusammenleben aller Bevölkerungsgruppen in Palästina sein wird, das dies aber in der jetzigen kolonialen Situation nicht möglich ist. Stattdessen betonen wir, dass ein Ende der Besatzung und umfassende Reparationen für die palästinensische Bevölkerung notwendige Voraussetzungen für eine solche Zukunft sind – und dass diese nur erfüllt werden können, wenn das israelische Proletariat, das ideologisch und materiell eng an seinen Kolonialstaat gebunden ist, diesen verrät und sich mit dem palästinensischen Widerstand verbündet.
In dieser Perspektive ist der Schwerpunkt der Kampf gegen die politische, ökonomische und militärische Unterstützung der BRD für den israelischen Staat, die Unterstützung des palästinensischen Widerstands im Allgemeinen sowie seiner säkular-sozialistischen Teile im Besonderen, die Unterstützung autonomer Kämpfe palästinensischer Proletarier*innen und die Unterstützung linker antizionistischer Kräfte in Israel, die einen klaren Standpunkt gegen die Besatzung einnehmen.

Einigkeit besteht, dass die Komplexität des Konfliktes nur durch eine intensive Beschäftigung mit den vielfältigen historischen Entwicklungen, die zu der Zuspitzung des aktuellen Konflikts geführt haben, zu verstehen ist. Das wir mit dieser intensiven Beschäftigung noch am Anfang stehen, habt ihr hoffentlich gemerkt.
Einig sind wir uns auch darin, dass diese Komplexität keine Entschuldigung dafür sein kann, nicht eindeutig gegen Krieg, Massaker, Vertreibungen, sexuelle und sexistische Gewalt, Traumatisierungen, Hungerpoltik und Genozid aktiv zu werden.

Einig sind wir uns außerdem darin, dass wir den Krieg in Gaza als ein „Experiment der Superreichen" wahrnehmen, „die allen Völkern der Welt zeigen wollen, wie man auf einen Aufstand der Menschheit reagiert"[94].
Dabei versucht die israelische Regierung, mit dem Krieg unterschiedliche Zielsetzungen miteinander zu verbinden:

- die Neuordnung der gesamten Region unter Marginalisierung des alten Erzfeindes Irans und der sogenannten „Achse des Widerstands",
- die Vertreibung der Palästinenser*innen, weil das Modell der rassistischen Ausbeutung an ihrem Widerstand gescheitert ist. Das Aushungern der Bevölkerung ist kein Nebeneffekt, sondern Strategie, schreibt die International Crisis Group. „Gaza ist zu

94 Colombian President Gustavo Petro beim NATO Gipfel in Den Haag 24./25. Juni 2025 https://www.youtube.com/watch?v=6h0GCYbNOEI

einem Experiment geworden, bei dem genau getestet wird, an welchem Punkt eine Strategie des Aushungerns in eine unkontrollierbare Hungersnot gerät.“[95]

- die Stabilisierung der militärdemokratischen Herrschaft, die zuvor durch die Proteste gegen die autoritäre Justiz-Reform immer mehr in die Defensive geriet[96].

Wir beobachten, wie die Herrschenden Antisemitismus in einen Topf werfen mit berechtigter Kritik an Israels Vorgehen und auch in der Repression nicht unterscheiden. Das hat aus unserer Sicht mehrere negative Effekte:

- Es lässt den Antisemitismus stärker erscheinen, als er real ist.
- Es führt zu Solidarisierungen mit Antisemit*innen von Leuten, die mit Antisemitismus wenig bis gar nichts am Hut haben, aber die Repression unerträglich finden, erschwert somit die Abgrenzung und stärkt den Antisemitismus.
- Es versammelt weltweit Jüd*innen hinter Netanjahus Politik, die ihm ansonsten kritisch gegenüber stehen.

Im Resultat sehen wir auch hier eine Ethnisierung des Konfliktes, die einem künftigen friedlichen Zusammenleben von palästinensischen, jüdischen und anderen Menschen alles andere als förderlich ist.

In Deutschland (aber auch in anderen westlichen Staaten) erkennen wir zudem, wie am repressiven Umgang mit palästinasolidarischen Demonstrant*innen neue Formen der Aufstandsbekämpfung geprobt werden: Eine aufsässige Minderheit wird rassifiziert und von der Mehrheit isoliert, als Gefährder*innen des öffentlichen Friedens markiert und dementsprechend propagandistisch und mit autoritär-polizeilicher und juristischer Gewalt bekämpft.
Da Austerität auch immer mit Autoritarismus einhergeht, werden hier persönliche Daten und polizeiliche Erfahrungen gesammelt, um künftig unerwünschte Meinungen und potenzielle Proteste gegen die allgemeine Verarmung zu bekämpfen.

Außerdem erleben wir, wie die Bundesregierung auch brutalstes, menschenverachtendes Vorgehen kaum kritisiert, solange der Täter ein Verbündeter ist[97].
Besonders widerwärtig finden wir dabei, wie in Deutschland der Antisemitismus,

- der einerseits für die Shoa und damit auch für die Nakba und die 80 Jahre Krieg, die darauf folgten direkt verantwortlich ist,
- und der andererseits – wegen dem mit der Shoa verbundenen größten Raubzugs in der Geschichte – eine wesentliche Grundlage für den Reichtum in der heutigen Bundesrepublik ist, geleugnet und auf rassifizierte „Andere“ projiziert wird.

95 Zitiert nach: El-Gawhary, Karim: Das Gaza-Hungerexperiment; taz 18. Juli 2025

96 Ein nicht unwesentlicher Aspekt scheint zu sein, dass Netanjahu auf Grund vieler juristischer Anklagen, die gegen ihn vorliegen, offensichtlich Angst haben muss, im Falle eines Friedens im Gefängnis zu landen.

97 Und wenn sie mal nicht umhinkommen, Kritik zu äußern, dann hat das keinen negativen Einfluss auf die praktische Unterstützung des Massenmordes.

Vor dem 3. Oktober 2023 wurden in Deutschland über 90% der antisemitischen Gewalttaten von Nazis begangen. Seitdem auch das Verteilen von Süßigkeiten, Rufen von Parolen und das Zeigen von Symbolen als „antisemitischen Gewalttaten" registriert werden, hat sich der Anteil der Nazis erheblich verringert. Die deutsche Art das Problem der „deutschen" antisemitischen Gewalt „zu lösen".

Hinter den Kriegen und Krisen

Hinter den Kriegen und Krisen sehen wir alte und neue weltpolitische Konstellationen:

- Uns wird deutlich, dass Deutschland bzw. die EU trotz aller Widersprüche weiterhin in den USA und Israel ihre wichtigsten Verbündeten für zukünftige Auseinandersetzungen sieht.
- Die Golfstaaten, autoritäre und rassistische Regime mit unglaublichen Reichtümern, erledigen die „Drecksarbeit" für das Kapital: sie führen und finanzieren jene Investitionen und Kriege, die unter menschenrechtlichen Aspekten in den liberalen Demokratien des Westens niemals durchsetzbar wären. Dass das eingesetzte Kapital aber zum großen Teil genau dort erwirtschaftet wurde, wird so aktiv verschleiert.
- Die Partnerschaft zwischen Russland, China und dem Iran scheint für uns aktuell v.a. auf dem gemeinsamen Gegner NATO zu basieren.
- All diese Prozesse nehmen wir als sehr widersprüchlich war. Die Vereinigten Arabischen Emirate z.B. sind einerseits ein wichtiger Verbündeter und „Drecksarbeiter" des Westens und Israels, andererseits organisieren sie sich mit Russland, China und dem Iran im als antiwestlich gelabelten BRICS-Bündnis.

Eins eint nach wie vor alle: der Hauptfeind bleibt die eigensinnige und widerständige Klasse.

Zudem beobachten wir hinter den Kriegen und Krisen eine starke Moralisierung des politischen Diskurses. Vor jeglicher Reflexion über das herrschende Elend steht das Gut-Böse-Schema bereits fest.

- Auf die hilflose Anrufung des Staates und die Befürwortung seiner menscheverachtenden Lockdowns folgte die Unterstützung kriegsführender Parteien in der Ukraine und Israel. Auch ein großer Teil der radikalen Linken zeichnete sich durch solch eine starke Staatsfixierung aus.
- Die Opposition wurde in der öffentlichen Darstellung weitgehend auf schwurbelnde Coronaleugner*innen, „Lumpenpazifisten", „Putin-Versteher" oder schlicht Antisemit*innen verengt, politisch angeblich repräsentiert durch AfD und BSW.

Soziale und antistaatliche Positionen und Kämpfe werden durch diese Dichotomie gezielt unsichtbar gemacht.

Aber wir gehen nach wie vor davon aus, dass eine radikale Anti-Kriegsposition nur abseits des Staates und gegen ihn entwickelt werden kann.

Und wir gehen davon aus, dass eine radikale Anti-Kriegsposition von den alltäglichen sozialen Kämpfen gegen Ausbeutung und Gewalt ausgehen muss.
Und wir haben die Erfahrung gemacht, dass es potentiell in den proletarischen Vierteln eine soziale Basis gibt, die bereit und eigensinnig genug ist, um mit uns die alltäglichen sozialen Kämpfe für die Autonomie und gegen den Krieg zu führen, unter der Bedingung, dass wir sie und ihre Erfahrungen und Träume ernst nehmen.
Wer dies versäumt, marginalisiert sich nur selber weiter.

Soziale Angriffe als zentraler Ausgangspunkt von Stadtteilarbeit gegen den Krieg

Wie aus der bisherigen Analyse unschwer zu erkennen ist, identifizieren wir die Kämpfe gegen Krieg und Militarismus nicht als Kämpfe linker Aktivist*innen gegen Kapital und Industrie und sehen die Antwort darauf auch nicht in großen, kurzlebigen Kampagnen. Vielmehr sehen wir die Orte, an denen die Menschen ihr tägliches Leben bestreiten als die Felder, in denen auch Arbeit gegen Krieg ihre Basis findet.
Diese ist in Zeiten der Vereinzelung durch Home Office, informelle Arbeitsverhältnisse und des Fehlens der Fabrik als gemeinsamer Erfahrungs- und Bezugspunkt eben nicht mehr vor allem der Arbeitsplatz, sondern der Stadtteil. Ein Stadtteil, in dem die Menschen ihre sozialen Beziehungen pflegen und sich mit Schikanen durch Polizei und Ämter herumschlagen müssen. Ein Stadtteil, der täglich erlebt wird, in dem Menschen sich kennen und begegnen. Ein Stadtteil, in dem wir hoffentlich einen Anteil daran haben, die Menschen zusammen zu bringen. Hier wollen wir gemeinsam voneinander lernen, uns gegenseitig unterstützen, gegen die Verhältnisse aufbegehren und Alternativen aufbauen. Hier wollen wir mit anderen zusammen den alltäglichen Widerstand zu einer massenhaften Praxis entwickeln.
Wie wir bereits ausführlich dargelegt haben, kann die materielle, finanzielle und mentale Kriegsbereitschaft nur erreicht werden, wenn sie durch Soziale Angriffe gegen die eigene Bevölkerung hergestellt wird. Werden diese Sozialen Angriffe intensiviert, wird der Krieg auch in Deutschland für die Klasse materiell erfahrbar. Dies drückt sich vor allem in Sozial-/Lohnkürzungen, Wehrdienst/Wehrpflicht, höheren Steuerlasten und Preiserhöhungen aus. Aber auch durch die Zunahme rassistischer und sexistischer Gewalt im Alltag. Um diese Entwicklungen erträglich zu machen, sollen Unterwerfung und Ausbeutung im eigenen Nationalstaat durch Unterwerfung und Ausbeutung von anderen Nationalstaaten legitimiert und kompensiert werden[98].
Zentral ist für uns an dieser Stelle, dass Kämpfe gegen die Sozialen Angriffe die Möglichkeit bieten, für die Armen zum einen direkte soziale und ökonomische Vorteile durchzusetzen. So können diese für viele Menschen attraktiv sein, während klassische Friedenspolitik meist nicht über die eigene Blase hinausgelangt.

98 Im Zweiten Weltkrieg hat das lange Zeit ganz gut geklappt. Während die Wehrmacht halb Europa und die jüdische Bevölkerung ausplünderte, konnte die loyale deutsche Bevölkerung von den Raubgütern bis zum Bombenkrieg verhältnismäßig gut leben. Praktisch war fürs deutsche Kapital, dass die anschließenden Reparationen in keinem Verhältnis zu den geraubten Werten stand – von den Zerstörungen mal ganz abgesehen. Angemessene Reparationsforderungen oder Forderungen nach Kreditzurückzahlungen z.B. aus Polen oder Griechenland werden vom deutschen Kapital und der deutschen Politik bis heute vehement zurückgewiesen.

Für unsere konkrete Arbeit unterscheiden wir zwei Phasen der Arbeit gegen den Krieg. Die erste Phase findet vor dem direkten Kriegseintritt der BRD statt, während ein direkter Kriegseintritt der BRD den Beginn der zweiten Phase markiert.

In der ersten Phase wollen wir antimilitaristische Netzwerke aufbauen, die Kriegsvorbereitungen stören und sabotieren. Mit großen Teilen der Klasse wollen wir gemeinsam Strategien erarbeiten und voneinander lernen.
Vor dem Kriegseintritt geht es uns darum, der beinahe einheitlichen medialen Kriegspropaganda durch Verbreitung von Gegeninformationen etwas entgegenzusetzen – beispielsweise durch das Verteilen von Flyern an Schulen, aber auch durch persönliche Gespräche und Versammlungen. Im Fokus steht hierbei die Verbindung von Sozialem Angriff und Krieg.
Zentrales Ziel ist für uns hierbei, die konkreten alltäglichen Verwicklungen in den Krieg herauszufinden, um Möglichkeiten zur Verweigerung oder Sabotage im Alltag zu finden, subversiv zu propagieren und zu praktizieren.
Außerdem wollen wir Kontakte ins In- und Ausland knüpfen, um Leute zukünftig bei der Flucht oder der Desertion unterstützen zu können. Hierbei haben wir immer im Hinterkopf, dass legale Mittel im Kriegsfall kontinuierlich beschnitten werden.
Vor allem während der Vorbereitungen und zu Beginn eines Krieges halten wir es für wichtig, eine Beratung für die Verweigerung des Wehrdienstes bereitzustellen. In diesem Bereich können wir sinnvoll mit erfahrenen Gruppen wie der DFG-VK kooperieren. Je weiter ein Krieg jedoch voranschreitet, desto mehr wird auch diese legale Möglichkeit verschwinden, wie insbesondere ein Beschluss des Bundesgerichtshofs von 2025 zeigt, nach dem im Kriegsfall das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung aus Art. 4 Abs. 3 GG ausgesetzt werden kann[99].

Während eines Krieges halten wir es deshalb für notwendig, weitere Möglichkeiten zu entwickeln und bereitzustellen, mit denen sich Wehrpflichtige einem Einsatz entziehen können. Hierzu zählen wir die Unterstützung bei der Krankmeldung oder das Unterbringen im Ausland. Außerdem wollen wir während des Krieges gegenseitige materielle und psychische Hilfe im Stadtteil organisieren. Dies wird notwendig sein, da einerseits viele Menschen ihren Job verlieren, Lohnkürzungen erhalten oder Probleme durch Preissteigerungen bekommen werden. Andererseits ist emotionale Unterstützung unverzichtbar, wenn Angehörige in Kriegsgebieten leben oder die eigenen Verwandten von einer Wehrpflicht betroffen sind. Durch gemeinsame soziale Kämpfe und gegenseitige Unterstützung können wir außerdem dagegen ankämpfen, dass Menschen sich zurückziehen und die leidvolle Phase auf sich allein gestellt durchzustehen versuchen und dabei psychisch und materiell zugrunde gehen.

Sowohl vor als auch während eines Krieges spielt Antirepressionsarbeit in unseren Augen eine große Rolle. Zwar verfügt die radikale Linke aktuell über sehr geringen Einfluss, dennoch wird Antimilitarismus und Kriegsgegnerschaft weiterhin kriminalisiert. Wichtig

99 Groh, Kathrin: Kriegsdienstverweigerung im Kriegsfall verboten; 24. Februar 2024 https://verfassungsblog.de/kriegsdienstverweigerung-kriegsfall-bundesgerichtshof/

ist also, dass wir sowohl über juristische Kontakte verfügen als auch einen Teil der Arbeit abseits der Öffentlichkeit durchführen. Im Zentrum der Anti-Kriegs-Arbeit im Stadtteil steht außerdem, soziale Kämpfe weiterzuführen. So kann einerseits die für den Krieg notwendige Reproduktion des Kapitals und damit die materielle, finanzielle und mentale Kriegsbereitschaft gestört und andererseits die Situation der Menschen im Stadtteil konkret verbessert werden.
Schaffen wir es, an vielen Orten gleichzeitig soziale Kämpfe zu führen, kann die staatliche Kriegsmaschinerie von innen heraus gestört werden, denn für einen kriegsführenden Staat gibt es nichts Schlimmeres, als das Auseinanderbrechen des nationalen sozialen Friedens. Dabei halten wir es für sinnvoll, die Kämpfe im lokalen Rahmen zu beginnen und strategisch eine Ausweitung in weitere Stadtteile anzupeilen. Wir verstehen diesen Text daher auch als eine Einladung an andere Stadtteilgruppen, unsere Ideen mit uns zu diskutieren.